

# Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementspreis durch die Post inkl. 15 Pfg. Bestellgeld vierteljährlich  
80 Pfg., durch die Expedition unter Kreuzband 90 Pfg.  
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:  
**Leipzig**  
Zeilher Strasse 32, IV., Volkshaus  
Telephonruf 7903.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 30 Pfg. für die gespaltene  
Petitzeile oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen  
vorherige Einfindung des Betrages aufgenommen.  
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 32.

Sonnabend, den 8. August 1908.

12. Jahrgang.

## Inhalt.

**Hauptblatt:** Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. — Was tut uns not? — Wirtschaftliche Rundschau. — Projektivierte Arbeiten. — Der Streik in Regensburg beendet. — Etwas über Unternehmertaktik. — Was sich ein Meister ohne Verband erlauben kann. — Von der Arbeit der Gewerkschaften. — Bilder aus dem Gegenwartstaat. — Wer trägt die Kosten der Maiausperren? — Korrespondenzen. — Rundschau. — An die Gewerbegerichtsbeisitzer Deutschlands (Arbeiter). — Literarisches. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Adressenänderungen. — Quittung. — Briefkasten. — Anzeigen.

**Beilage:** Verringert sich die Arbeitsleistung. — Der Arbeitsmarkt im Monat Juni 1908. — Löhnhilfe bei Augenverletzungen. — Ländliche Wohnungen. — Wie die Unternehmer Tarife einhalten. — Korrespondenzen. — Afford und Tagelohn.

## Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Ueber alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unvollständig, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

**Gesperert sind:** Murgtal: Firma Bruch. — Rehau: Plaz Heinrich.

**Marktweihen.** Die Firma Gebrüder Bates hat unsere Kollegen ausgesperrt, weil sie sich weigerten, aus dem Verbandsauszutreten.

**Regensburg.** Am 15. Juli legten sämtliche Kollegen die Arbeit nieder, nachdem jede Unterhandlung abgeschlagen wurde.

**Hafferode.** Der Streik der Granitarbeiter bei der Firma Schmidt, Hannover, geht unverändert weiter.

**Hardegen.** Seit dem 12. Juni stehen die Kollegen im Streik.

**Offenbach.** Am 3. Juli stellten die Kollegen die Arbeit ein. Der vorgelegte Tarif wurde nicht anerkannt.

**Hornberg (Schwarzwaldbahn).** Beim Unternehmer J. Wöhler wurden sämtliche Kollegen entlassen. Es wird versucht, an Stelle von Tagelohn wilden Afford einzuführen.

**Wahrenth.** Die Situation ist unverändert. Die meisten Streikenden sind abgereist.

**Oberrhein.** Die Porphyrtwerke wollten Verschlechterungen vornehmen. Alle Streikenden sind abgereist.

**Aue (Erzgebirge).** Die Granitarbeiter der Firma Th. Starke stehen im Streik.

**Wolfshagen.** Die Firma Strube verlangte, daß unsere Kollegen aus dem Verbands austreten sollten. Dieses unverschämte Ansinnen wurde glatt abgelehnt. Zugang ist streng fernzuhalten.

**Kirn a. d. Nahe.** Im Betrieb des Steinarbeiters Albert Pfeiffer ist wegen Lohnreduzierung die Arbeitsniederlegung erfolgt. Von unserm Verbands kommen nur wenig Kollegen in Frage. Steinrichter haben Kirn unter allen Umständen zu meiden.

**Winden (Westfalen).** Die Kollegen stehen im Streik.

**Mainz.** Am 6. Juli traten die Marmorarbeiter in den Streik. Die Meister wollten einen Affordtarif einführen; seit zwei Jahren aber besteht das Tagelohnsystem.

**Regenborn.** Bei der Firma L. Brandt, Stadtdorfen, nahmen die Steinmehrer die Arbeit wieder auf. Die Forderungen wurden bewilligt. Der Affordlohn ist um zehn Prozent gestiegen und der Stundenlohn von 32 auf 35 Pfg.

**Blauberg, Metten und Aunkirchen.** Die Unterhandlungen in Metten haben zu dem Resultat geführt, daß noch zwei weitere Unternehmer den Bezirkstarif anerkannten. Bei der Bayerischen Granit-Altten-Gesellschaft in Metten und Blauberg dauert der Kampf unverändert fort. Der Polier Haber Viehl in Metten, ehemaliger Kongressdelegierter in Würzburg, erhöht seinen Ruhm dadurch, daß er versucht, Streikbrecher anzuwerben. Erfolge in dieser Hinsicht waren ihm aber noch nicht gegönnt. Viehl ist besonders den Kollegen im Oden- und Schwarzwald bekannt.

**Gorka b. Ramenz.** Der Vertrauensmann und noch etliche Kollegen wurden gemahregelt. Zugang für Granitarbeiter ist fernzuhalten. (Namen der Firma sofort einsehen. Redaktion.)

**Regensburg.** Der Streik ist zu unserm Gunsten erledigt. Es wurde ein erhöhter Minimalstundenlohn festgesetzt sowie die Arbeitszeit verkürzt.

**Schweiz.** Gesperert sind die Orte Mägenwil, Döhmarsingen, Aegeri und Goldbach. In Zürich ist die Firma Grizetti gesperrt.

## Was tut uns not?

Der aufmerksame Leser unseres Verbandsorgans wird in letzter Zeit gefunden haben, daß sich in demselben eine Mode eingebürgert hat, welche uns geradezu gefährlich werden kann. Ich meine das ewige Nörgeln und Kritizieren an Verbandsstagsbeschlüssen und an den Vorstandsmassnahmen. Wenn es nicht die Taktik der Agitation ist, so ist es unsere Streiktaktik. Zur Abwechslung hat man sich einmal den Krankengeldzuschuß unter die Lupe genommen und gefunden, daß auch hier nicht alles im Lote ist. Aber noch keiner hat beraten, wie es ohne Schädigung unserer Finanzen oder ohne Mehrbelastung unserer Kollegen besser gemacht werden kann. Wer sich die Debatten über diese Punkte, die auf dem Verbandsstages gepflogen worden sind, hat anhören müssen, der wird sagen, hör auf, o Herr, des Guten nicht zuviel.

In allen Versammlungen, wo die Delegierten Bericht erstattet haben, war meines Erachtens die beste Gelegenheit, diese Fragen zu regeln. Die Ergebnisse der Diskussionen hätten dann in den Versammlungsberichten untergebracht werden können. Unserm Redakteur wurde in Kassel das Lob ausgesprochen, „unser Zeitung steht völlig auf der Höhe der Zeit“, und zwar mit Recht. Es wurden die beruflichen Fragen eingehend besprochen und man konnte getrost einen Vergleich mit andern Gewerkschaftsblättern anstellen. Man beachte die Worte Staudingers in seinem Bericht über die Presse, das ist die beste Kritik, wenn man neben das, was einem mißfällt, etwas eigenes besseres setzt. Niemand wird behaupten können, daß Redensarten, wie der Vorstand hat sich einen Verbandsstages zusammengedrückt usw., zur Agitation geeignet seien. Ich will mich absolut nicht zum Verteidiger des Zentralverbandes aufwerfen, ich weiß, der Vorstand hat selbst das Zeug dazu, auch will ich keine Moralpredigt halten, aber man bedenke, welchen Einfluß diese Art von Kritik auf die Wandelmächtigen und Unorganisierten oder auch auf die Unternehmer ausübt. Niemals soll man dem Gegner Wasser auf seine Mühle liefern. Die Art und Weise unserer Agitation läßt sich doch nur durch Zeit und Ort bestimmen, genau wie die Streiktaktik. Ich glaube, es dürfte nun endlich doch bald Zeit werden, diese Art der Kritik zu unterlassen. Die Frage des Einheits-tarifs, die Schaffung größerer einheitlicher Lohngebiete, die Verschmelzung mehrerer nahe beieinander liegender Zahlstellen zu einer und die damit eventl. verbundene Anstellung von Bezirksleitern, sind Fragen, welche der Vorarbeiten bedürfen, wichtig genug, um bei günstiger Gelegenheit in die Tat umgesetzt zu werden. Ueber den Einheitsstarif ist wohl schon genug geschrieben und gesprochen worden, siehe die Vorlage der Sandstein- und Marmorindustriellen, ja, in letzter Zeit haben sich Vertreter der Granitindustriellen mit dieser Frage beschäftigt, siehe Nr. 30 dieses Jahres. Nur täuscht sich Herr Klein, wenn er meint, man brauche nur die Gliederzahlung einzuführen. Ich glaube, daß es bei einigermaßen gutem Willen möglich wäre, eine ständige Tarifkommission, bestehend aus Vertretern des Arbeitgeberbundes und aus Vertretern unser Verbands zusammenzusetzen, welche die Vorarbeiten erledigen könnten. Diese Einrichtung dürfte freilich zu keiner Friedenskommission gestempelt werden, sondern man müßte von Seiten des Unternehmertums zu der Einsicht kommen, daß Arbeiterorganisationen als gleichberechtigt anzuerkennen sind. Der Steinarbeiterverband läßt sich nun einmal nicht mehr an die Wand drücken, das dürfte doch so mancher von den Herrn Steinindustriellen schon gespürt haben. Mit dem „Herr-im-Haus-Standpunkt“ müßte man schon gänzlich aufräumen. Gerade in der Granitindustrie ist es die höchste Zeit, daß im Tarifwesen eine Aenderung eintritt. Mit Ausnahme der Großstädte wird fast durchweg noch nach Kubitz- und laufendem Maß bezahlt. Daß bei einer derartigen Rechenmethode der Arbeiter immer der Leidtragende ist, versteht sich am Rande. J. B. in dem schlesischen Granitgebiete gibt es nicht einen einzigen Ort, wo nach Flächen und Gliedern bezahlt wird. Alles mögliche findet man in diesen Tarifen, nur keine vernünftige Berechnungsart. So hat der Striegauer Tarif nicht weniger als 97 Positionen. Es ist geradezu lächerlich, ein solches Monstrum noch Tarif zu nennen. Niemand kennt sich wirklich aus, dazu kommt noch eine feine Auslegungskunst durch die Unternehmer, und der Krach ist fertig. Dieses Monstrum wirkt geradezu deprimierend auf die Massen, denn wenn alle Umgehungen und Durchbrechungen registriert worden wären, es würde seit bestehen desselben (4 Jahre) ein Buch geworden sein, fünfmal so dick, als der Tarif selbst. Ich denke mir die Sache nun so. Im Niederschlesischen und im Heuscheuer Sandsteingebiet gleichen sich die Tarife vollkommen. Nur werden auf dem Heuscheuerstein 10, 20, 30 Prozent Hartzelzulage zugeschlagen, was hier möglich ist, sollte das nicht in dem schlesischen Granitbezirk Striegau-Göhlitz möglich sein? Ein Unterschied im Material ist sehr gering. Trotzdem werden Arbeiten in Striegau bis zu 20 Prozent teurer bezahlt als in Göhlitz. Wenn nun die Kollegen in Striegau die Arbeit verweigern, dann ist es befähigte Rebenarbeit der Unternehmer, welche in beiden Orten Betriebe haben, wenn ihr es nicht machen wollen, so wird es dort oder dort gemacht. So werden die Arbeiter gegen einander ausgespielt. Wenn nun in diesem Gebiet eine einheitliche Flächen- und Gliederberechnung eingeführt würde, mit progressivem Zuschlag für härteres Material, so wäre es ausgeschlossen, daß ein Ort den anderen übervorteilt. Der Unternehmer müßte hier wie dort den gleichen Grundpreis bezahlen. Es könnte einwendet werden, es komme auf die Organisationsverhältnisse an. Gewiß, aber Sache der Kollegen dürfte es sein, eben diese Zahlstellen zu verschmelzen und nur Tarife für solche Gebiete abzuschließen. Siehe Fichtelgebirge. Der Unternehmer selbst hat ein großes Interesse daran, denn ersten würden dadurch der Schmuckfurnerz Einhalt geboten, und zweitens dürfte der Wechsel der Arbeiter bedeutend herabgemindert werden, als bei dem jetzigen Zustande. Die Verschmelzung solcher Zahlstellen hätte den Vorteil, daß die Agitation und die Lohnbewegungen einheitlich geregelt werden könnten. Es ist geradezu unmöglich, Zahlstellen von 500—800 Mitgliedern „ehrenamtlich“ korrekt zu verwalten, ohne an der Gesundheit der leitenden Personen Ruin zu treiben. Die Agitation wird vernachlässigt, und die Folge davon ist entweder ein Stagnieren in der Mitgliederzahl oder bei besonders krassen Fällen ein großer Mitgliederverlust. Ich resumiere. Wenn der Bezirksleiter eine einzige Lohnbewegung in 10 Jahren in solch großen Gebieten ohne Streik zugunsten der Kollegen durchzuführen kann, wenn er dadurch, daß er den Gauleiter entlastet, so daß dieser sich mehr der Agitation, der Gewinnung neuer Mitglieder, widmen kann, dann macht sich der Bezirksleiter doppelt bezahlt.

Wenn ich mit diesen Zeilen den Kollegen den Blick nach einer andern Seite gewiesen habe, als wie nur zu kritisieren, so bin ich vollkommen zufrieden. Gerade diese Fragen sind auf dem Verbandsstages nicht genügend ventiliert worden. Mögen die Kollegen in dieser Richtung wirken, so dürften wir zum nächsten Verbandsstages wohl mit einer größeren Mitgliederzahl und mit einer festgelegteren Organisation aufmarschieren können. r.

## Wirtschaftliche Rundschau.

**Solinger Bank und rheinisch-westfälische Kleinereisenindustrie — Scheinwettbewerb bei den großen Elektrizitätsunternehmen — Syndikatsfortschritte — Aus- und Rückwanderung.**

Aus dem Gebiete der rheinisch-westfälischen Kleinereisenindustrie lauten die Nachrichten schon lange überaus trübe. Durch den Zusammenbruch der Solinger Bank wird wahrscheinlich die schleichende Krankheit einem kritischen Höhepunkt zugetrieben werden.

Offenbar leiden die meisten hier vertretenen Produktionszweige an einer langjährigen Ueberproduktion, befördert durch die Heimarbeit, die nach alter Erfahrung stets die Ueberproduktion rascher als sonst erzeugt, weil das auftraggebende und auffaufende Großkapital vom Risiko eines Rückschlags weniger als sonst zu fürchten hat und daher den Wettbewerb lieber steigert, anstatt ihn, wie heute im Zeitalter der Kartelle so oft, zu beschränken. Ferner stehen einzelne, früher blühende Exportbranchen vor der unabänderlichen Tatsache, daß wichtige Abnehmerländer mehr und mehr zur Eigenerzeugung übergehen und sich durch wachsende Schutzzölle die Auslandsware vom Halbe halten. Die rege Verbindung mit Amerika hatte wiederum den Nachteil, daß die überseeische Krisis ganz plötzlich einen ansehnlichen Warenabfluß förmlich abschnitt. Preisconventionen und Kartelle sind für so vielgestaltige und zersplitterte Produktionen und Erzeugnisse kaum vorhanden und schwer durchzuführen; ein wildes Preisunterbieten begann daher sofort mit dem Konjunkturmitschlag, der für bedeutende Branchen schon mit dem fühlbaren Stillstand in der deutschen Baugewerbe heraufzog.

Eine maßlose Kreditwirtschaft scheint sowohl die frühere gute wie die spätere schlechte Zeit begleitet zu haben: erst, um die Mittel- und Kleinunternehmungen besser in Gang zu bringen — dann, um die gefährdeten, mit dem Verfinken bedrohten Existenzen über Wasser zu halten. Mit im Vordergrund stand dabei die erwähnte Solinger Bank, die, 1877 mit dem beschriebenen Aktienkapital von 300 000 Mk. gegründet, von jeher stark mit den „kleinen Leuten“, als Eingekerkerten wie als Kreditnehmern, zu tun hatte, was natürlich nicht ausschloß, daß auch der zum Verleger und zum Exporteur emigrierende Mittel- und Großkapitalist Kunde der Bank blieb. Diese vergrößerte und hob sich zusehends, zuletzt „arbeitete“ sie mit einem vollbezahlten Aktienkapital von 3,6 Millionen Mark. Nach neueren Darstellungen hätte der verschärfte Wettbewerb der Großbanken die Gewinnansichten schon lange sehr herabgedrückt und viele der besten Kunden weggeschnappt. Gewagte und leichtfertige Kreditgewährung, um Kunden festzuhalten und heranzulocken, soll frühzeitig eingerissen sein. Wie so oft vor der Katastrophe, griff die Leitung zuletzt zu Bilanzverschleierungen und falschen Buchungen. Auch auf diese Lebenslüge mußte man verzichten, als die Verluste durch die Ausbreitung der Krisis rapid anschwellen. Die beiden Direktoren sind rasch nacheinander aus dem Leben geschieden; nach vergeblichen Sanierungsversuchen wurde am 25. Juli der Konkurs angemeldet. Weitere, damit in Verbindung stehende Zusammenbrüche sind wahrscheinlich unvermeidlich. So melden heute schon die Blätter aus Solingen: „Ueber das große Stahlwarenxporthaus Wilhelm von zur Gathen in Solingen wurde Konkurs verhängt. Die Firma genau bei der Solinger Bank, mit der sie ausschließlich arbeitete, etwa 400 000 Mk. Kredit. Die Unmöglichkeit, weitere Mittel zu erhalten, führte zum Konkurs. Auch die Darmstädter Eisenbahngesellschaft in benachbarten Wald, die von der Solinger Bank finanziert worden war, hat mangels Betriebsmittel ihren sämtlichen Arbeitern gekündigt. Ferner steht das Falliment mehrerer zum Teil bedeutender Solinger und benachbarter Firmen bevor. Die Stimmung ist hier auf Grund der neuesten Ereignisse überall sehr gedrückt. Welche Quote für die Gläubiger abfällt, läßt sich noch nicht sagen. Man schätzt sie auf nicht einmal 50 Proz.“ Diese Gläubiger sind abermals massenhaft kleine Leute, die ihre Gelder als Einlagen der Bank anvertrauten; und ebenso sollen die Aktien, die selbstverständlich zur vollkommenen Wertlosigkeit herabgesunken sind, gerade denselben Mittelschichten als willkommene Anlage gedient haben — was bei der vieljährigen Stellung des Instituts in Solinger Bezirk durchaus erklärlich wäre. Schon Ende Juni hörte man aus dem Solingen-Kemfcheider Distrikt, daß die teilweise Beschäftigung und die volle Arbeitslosigkeit mehr und mehr um sich griffe, daß Gemeinden wie Ohligs und Wald Notstandsarbeiten in Angriff genommen hätten und für Solingen selber die gleiche Frage brennend werde. Eine Wendung zu noch schlimmerem dürfte jetzt bevorstehen.

Spielt in das Schicksal dieses verfrachten Instituts der Wettbewerb der Großbanken mit hinein, so erfährt man jetzt recht erbauliche Einzelheiten über die Konkurrenz und Konkurrenzausgleichung im Elektrizitätsgewerbe. Die scharfen Preisunterbietungen nach der Krisis von 1900/01 endeten hier bekanntlich mit der Herstellung umfassender „Interessengemeinschaften“, so daß wir seitdem in Deutschland mit drei großen „Konzernen“ zu rechnen haben: mit A. G. Löwe-Union, mit Siemens u. Halske-Schuckert und endlich mit Lahmeyer-Fellen v. Guillaume. Nun haben sich aber, wie das Berliner Tageblatt durch eine Reihe Schriftstücke belegen konnte, diese drei überragenden Großmächte weiter dahin verständigt, sich untereinander keine Aufträge abzugeben, dagegen die Außenwelt möglichst kaltzustellen. Und wie sie das im stillen zu machen gedenken, ist fast ein Meisterwerk der kapitalistischen Unberfrorenheit und Unehelichkeit. Alle Rundschaften oder vorrangigsternde indirekte Verbindungen (durch Aktienbesitz und Bankbeteiligung) sollen geachtet werden; die nächstinteressierte Gesellschaft arbeitet hier jedesmal das Angebot aus, teilt ihre Aufstellung den im stillen Verbundenen mit und diese — beteiligen sich an der Konkurrenz, fordern aber 2 bis 3 Proz. mehr, um tatsächlich hors de concours zu bleiben! Handelt es sich um ganz neue Aufträge, so kürt das Los den Auserwählten, und die Nietenziehler — beteiligen sich an der Konkurrenz, fordern aber mehr! Um bei den Bestellern jeden Verdacht von Vornherein auszuschließen, soll nicht jeder Einzelposten einer Aufstellung durchgängig um 2 bis 3 Prozent vergrößert werden, sondern das Prellsystem soll sich mit einer gewissen Abwechslung im einzelnen abspielen, nur soll — das Schlußergebnis Summa

Summarum immer wieder auf die vereinbarte Erhöhung hinauslaufen! Ferner ist Hauptbedingung: sich nicht erweichen zu lassen. Ganz offen heißt es in dem Zirkular zur Anweisung der Filialen: „Der Schutz (des bevorrechtigten Unternehmens) ist in jedem Falle so eindeutig auszuüben, daß der betreffende Interessent, sei es nun Akte oder Sachverständiger den Eindruck gewinnt, daß das Projekt der geschützten (bevorrechtigten) Firma für ihn das vorteilhafteste ist. Die Verfolgung geschützter Geschäfte durch die schützenden Firmen hat bei normalem Schutz nur insoweit zu erfolgen, als dies zur Verhinderung des Schutzes notwendig ist.“ Gegen die Außenseite ist der „zu schützenden“ Firma möglichst dadurch der Sieg zu sichern, daß sie selber mit Preisnachlässen vorgeht, zu denen die Verbündeten nicht oder nicht in so hohem Maße zu greifen versprechen. Das Bösartige an diesem Vorgehen ist, daß man tatsächlich die Konkurrenz ausschaltet, während man den Kunden — Privatunternehmern oder auch Gemeinden und Staaten — die falsche Tatsache vorspiegelt, daß ein Wettbewerb nach wie vor vorhanden sei. Die schlechtere Zeit wird wahrscheinlich wie die Krisis nach 1900/1901 dazu dienen, die monopolistische Stellung der großen Konzerne zu festigen und die kleineren Firmen zu einem gewissen Anschluß zu nötigen, der ja nicht immer gleich eine Verschmelzung zu sein braucht.

Wie überhaupt der Syndikatsgedanke unter dem Druck der Not immer von neuem erwacht, zeigen weitere Mitteilungen der jüngsten Zeit. So sind die Venrather Maschinenfabrik, die Märkische Maschinenbauanstalt Ludwig Stuckenholz und die Duisburger Maschinenbau-Aktiengesellschaft, vormals Bechem und Reemann, eine Interessengemeinschaft eingegangen, um, wie es in dem verwaltschaftlich ausgegebenen Rundschreiben heißt, die allgemeinen Kosten zu vermindern, die Fabrikation zu vereinfachen und zu verbilligen und die Leistungsfähigkeit im In- und Auslande weiter zu erhöhen. Die deutschen Zinkhütten haben ein vorläufiges Abkommen getroffen zur Vorbereitung des von vielen Seiten angeregten, dem Abschluß nahen internationalen Zinktariffs.

Die überseeische Auswanderung aus und über Deutschland wird unter dem Eindruck der amerikanischen Krisis naturgemäß immer geringer. Im ersten Halbjahr 1908 sind aus Deutschland über deutsche Häfen 7549 (1907: 11 927) Personen ausgewandert, darunter 4557 (7890) über Bremen und 2992 (4037) über Hamburg. Rechnet man die Auswanderung Deutscher über fremde Häfen mit rund 1550 (2709) Personen hinzu, so umfaßte die Gesamtauswanderung 9000 Personen gegen 14 637 im Vorjahre, also jetzt 5637 oder 38 Proz. weniger. Noch weit stärker ist die Auswanderung fremder Staatsangehöriger über deutsche Häfen gesunken. Sie umfaßte im Juni nur 6731 (1907: 35 168) und in den ersten 6 Monaten dieses Jahres 37 760 (217 579) Personen, von denen 20 914 (122 764) über Bremen und 16 846 (94 815) über Hamburg gingen. Die Gesamtauswanderung, also einschließlich der Deutschen, ist bei Bremen von 130 654 auf 25 471, bei Hamburg von 98 852 auf 19 838 zurückgegangen. Im Hafen von Neuport trafen im Mai 1907 146 588 Einwanderer ein, dieses Jahr nur 25 983. Für Ungarn liegen die Ziffern für Januar bis Mai vor. Danach fiel in diesem Zeitraum die Zahl der Auswanderer von 77 329 im Jahre 1907 auf 10 613 im laufenden Jahre, also um 66 716, während gleichzeitig 17 103 (26 571 gegen 9468 Rückwanderer mehr wieder in das Land hineinkamen. Das ist der gewaltigste Umschwung in der internationalen Bevölkerungsbewegung, den jemals eine amerikanische Krisis hervorgerufen hat. Denn vor früheren Krisen war die Einwanderung in Amerika viel schwächer, und die Rückwanderung aus Amerika kannte man als Massenerscheinung kaum.

Berlin, Anfang August 1908.

Mag Schuppel.

## Projektierte Arbeiten.

(Abkürzungen: EW = Eisenbahn-Betriebs-Inspektion; BA = Landes-Bau-Amt; KA = Kreis-Bau-Amt; M = Magistrat; StB = Stadtvorordneten-Versammlung; W = Bezirks-Amt; TBA = Tief-Bau-Amt; StWA = Stadt-Bau-Amt.)

Annen (Annenwullen) Westf. Straßenbau. — Köpenick Erweiterung der Kirchstraße. — Frankfurt a. O. StB 21 000 M. für Neupflasterung der Regierungstraße bewilligt. — W. Hamburg 1000 M. für Radfahrwegbau und Plattenbelag an der Kampthaussee bewilligt. — W. Bergedorf-Hamburg für Straßenbau 22 100 M. bewilligt. — Plätschen Kr. Tilsit Pflasterung des Marktplatzes. — Schleiz (Thür.) 19 600 M. für Neupflasterung der Eisenstraße bewilligt. — Wiesbaden Erweiterung einer Straße. — Wolfenbüttel (Braunschw.) StB Neupflasterung der Juliusstraße mit Grobplaster. — Bonn StB 2 Straßenregulierungen mit Kostenaufwand von 30 900 M. beschlossen, ebenso zum Ausbau der Stiftgasse 67 150 M. bewilligt. — Erone (Pos.) Verlegung der Klarheiner Chaussee am Bahnhübergang. — Hummelbüttel (Schl.-Holst.) Bauprojekt einer Straße mit einem Schienenweg für schwere Lastwagen in Höhe von 32 000 M. — Magdeburg Pflasterarbeiten für 68 000 M. projektiert. — Zerbst (Anh.) für Unterhaltung der Kreisstraßen 109 600 M. festgesetzt; zum Chausseebau 42 204 M. — Jossen StB Pflasterung einiger Straßen und des Marktes. — Altendörne-Oberbecker (Westf.) Ausbau der Moltkestraße. — Chemnitz StB Pflasterungsarbeiten. — Koburg StB 22 880 M. Durchbruch der Mohrenstraße. — Duisburg Straßenerweiterung von 44 000 M. — Hamburg für Verbesserung des Fußwegüberganges zwischen Bankstraße und Grünerbeich 55 000 M. genehmigt. — Rattowitz StB für Pflasterarbeiten — Soest Provinzialstraßenbau. — Köln 8900 Quadratmeter Kleinpflasterarbeiten. — Krefeld EW 2100 Quadratmeter Pflasterung der Ladestraße auf Bahnhof Lobberich. — Würen Straßenbau. — Krefeld StB beschloß die Pflasterung der Kaiserstraße zwischen Florstraße und Sprödenalstweg mit Kleinpflaster auf chausseierter Unterlage und den Bürgersteig mit Gussasphalt und Mosaik. Die Kosten sind 24 500 M. — Gilden (Rheinpr.) StB bewilligte 200 000 M. zum Ausbau einer Anzahl Straßen. — Rattowitz StB bewilligte 16 000 M. zum Ausbau von 2 Straßen. — Königberg i. Pr. 25 000 M. zur Regulierung der Godrinnerstraße bewilligt. — Schmachtenhagen 180 000 M. für Chausseebau. — Schneidemühl-Selgenau und Schmilau-Kolmar i. P. Bau und Pflasterung der Chaussee sind für den Preis von 600 000 M. übertragen. Der Bau soll möglichschnellig werden. — Gaan StB Ausbau verschiedener Straßen. — Magdeburg StB Pflasterung von zwei Straßen in Summa 43 000 M. beschlossen. — Merseburg Straßenbau. — Saarbrücken StB für Neupflasterung der Kalstraße 14 300 M. bewilligt. — Sülztigheim (Elf.-Lothr.) Herstellung des Plattenbelages der Bürgersteige an der Wischweiler Straße mit 25 000 Mark beschlossen. — Hermülheim Neupflasterung von ca. 1800 Quadratmeter in Wasfallabsteinern der Bonnstraße, Umpflasterung von ca. 2100 Quadratmeter Grobplaster der Hauptstraße zu Efferen. — Weklar Ausbau der Bürgersteige in der Stauhorner Straße (in Wasfallabsteinern und Zementplatten). — Köln 10 000 Quadratmeter Steinpflaster im Neuper Wall, Zülpicher Wall u. a. — Lütgendortmund Regulierung und Pflasterung der Bahnstraße in der Gemeinde Aleh. — Effen 5000 Quadratmeter Neu- und Umpflasterung. — Wesel 3200 Quadratmeter Kopfsteinpflasterung der Ladestraße auf Bahnhof Elten. — Krefeld Pflasterarbeiten. — Plettenberg Pflasterung der Bahnhofstraße. — Hamburg für Verbreiterung der Langen Reihe 33 000 M. bewilligt. — Lennep (Rheinpr.) StB bewilligte 8000 Mark für Pflasterarbeiten. — Mannheim M beschloß die Herstellung der Meerlacher Straße mit Kostenaufwand von 153 188 Mark. — Remscheid Straßenbau. — Wittkowitz (Pos.) Chaussee-

bau. — Lüneburg (Hann.) Straßenbau; zum Ausbau des Kommunikationsweges nach Hagen sind 12 755 M. bewilligt. — Bunzlau Pflasterung der Poststraße. — Büdelsdorf Pflasterung der Löwenstraße. — Dudweiler Herstellung einer Straße. — Düsseldorf Arbeiten in der Förster-, Sittard- und Ludenbergstraße. — Effen (Ruhr) Bürgersteigarbeiten in der Altendorfer Straße. — Kiel Pflasterung der Bergstraße. — Hasselbiefsdamm Chausseebau. Kiel Pflasterarbeiten im Winterbeker Weg, Werft-, Garten- und Chemnitzstraße. — Dietzheim Pflasterarbeiten. — Hombruch desgleichen. — Bahnhof Gotha 4600 Quadratmeter Pflasterarbeiten. — Osterath Rhld. Wegebauarbeiten. — Garz am Harz Schleusenbauten, desgleichen Bahnst. a. S. — Elm 1725 Quadratmeter Kleinpflaster an der Donaubaahn. — EW Burgsteinfurt 2000 Quadratmeter Pflasterarbeiten. — EW Magdeburg 1600 Quadratmeter desgleichen. — Steglitz 500 Quadratmeter Reihenspflaster. — EW Kolmar i. Pos. 1090 Quadratmeter Reihenspflaster. — EW Kitzin 3500 Quadratmeter Pflaster. — Girsberg i. Schl. 2300 Quadratmeter Pflaster. — Bremerhaven 10 000 Quadratmeter Pflaster am Hafen. — Plettenberg Pflasterung der Bahnhofstraße. — RW Gnesen Chausseebau bei Lettberg. — Bahnhof Lobberich Pflasterarbeiten. — Leipzig Bahnhofsbauten 23 600 Quadratmeter Reihenspflaster. — EW Neuwied 12 000 Quadratmeter Straßen- und Bürgersteigbefestigung. — Dahlem Straßenpflasterung. — Neu-Zittau Straßenpflasterung. — Bahnhof Weidewode 2000 Quadratmeter Pflaster. — Bahnhof Worbitt ca. 3000 Quadratmeter Pflaster. — Annen Westf. Straßenbauten. — Hannover Straßenpflasterungen. — Bahnhof Elten 3200 Quadratmeter Pflaster. — Fuschhausen Westf. Straßenbauten. — Nordhalben Bahnhofstraße. — Ohligs 1/2 Million Anleihe für Straßenbauten beschlossen. — Wardenburg Oldemb. Pflasterarbeiten. — Viebrich Straßenanlage. — Flensburg Ausbau der Mathildenstraße. — Caffee bei Kiel Straßenbauten. — Leipzig Pflasterung zweier Straßen. — Landberg a. W. Pflasterung der Gatteritzer Straße. — Chausseebau Pernitz-Poisend (Mecklenb.). — Wannsee Straßenbauten. — Bahnhöfe Suhl, Jena und Stadtilm 1700 Quadratmeter Pflaster. — Jagenau Pos. zwei Straßen zu pflastern. — Hannover Kasernenneubau 15 000 Quadratmeter Pflaster.

## Der Streik in Regensburg beendet.

An dieser Stelle einfach zu schreiben: „mit Erfolg beendet“ unter Angabe des Erreichten, würde bei den Kollegen sowohl als auch bei den Unternehmern etwas Kopfschütteln verursachen. Man muß eben die Arbeitsbedingungen kennen. Ich finde deshalb Veranlassung, einen kurzen Rückblick zu geben, um das Erreichte ins richtige Licht zu stellen.

Im Jahre 1898 versuchte Schreiber dieser Zeilen hier wieder einmal einzufehen. Im Laufe eines Sonnabends besuchte ich die Kollegen in ihren Werkstätten, um sie persönlich für die am Abend tagende Versammlung zu interessieren. Fast ausnahmslos wurde mir auch das Erscheinen zugesagt und ich freute mich schon; leider war die Freude zu früh. Die Unternehmern rochen Runte, das Weib eines Kollegen mußte im Auftrage der Unternehmern ein Mundschreiben verteilen, das die nötigen Verhaltensmaßregeln und Drohungen enthielt, und was dadurch noch nicht erreicht, das besorgte das am Abend von den Unternehmern gratis verteilte Schweinefleisch! Unsere Meister sind doch wieder gute Kerls, sagten sich die Kollegen und blieben demonstrativ der fraglichen Versammlung fern. Nur ein Kollege blieb seinem Versprechen treu, er erschien im Versammlungslafel und wurde am Montag ob solcher Freiheit sofort entlassen.

Hierauf versuchte der Führer der Christlichen, einen Steinarbeiterverband auf christlicher Grundlage zu errichten, und erwählte Regensburg als den Zentralfest. Doch der gesäte Weizen kam kaum zum blühen. Die Gleichgültigkeit der Kollegen verwehrte bald auch die Spuren dieser Bewegung.

Erst die Erfolge der Kollegen in dem naheliegenden Bahrischen Wald gaben einen erneuten Ansporn zur Selbstständigkeit, und 1900 konnte zum erstenmal eine Zahlstelle auf freier Grundlage errichtet werden. Der brutale Terrorismus der Unternehmern sorgte aber nochmals für den Niedergang dieser Zahlstelle, dieselbe verschwand 1902 wieder. Einige Jahre bergingen in der gewohnten Gleichgültigkeit, und dies alles bei Stundenlöhnen von 26, 28, 29, 30 und 32 Pfg. nebst der brutalsten Behandlungsweise.

Erst 1905 gelang es dem Kollegen Link unter Mithilfe einiger rühriger Freunde wieder, die Steinarbeiter von Regensburg erneut zu organisieren. Unter Mithilfe des Gewerkschaftskartells war es auch möglich, die Bewegung vorwärts zu drängen; 1906 war der größte Teil der Kollegen im Steinarbeiterverband organisiert und traten zum erstenmal an die Unternehmern mit Forderungen heran, um ihre mißliche Lage zu verbessern.

Trotz der bestehenden menschenwürdigen Zustände rümpften die Herren gar gewaltig ihre Nasen ob solcher Anzufriedenheit und Freiheit der verheßten Arbeiter, und lehnten jede Unterhandlung voreerst ab. Erst als die Herren Unternehmern den Ernst der Sache erkannten, kam es am 3. April 1906 zu einem Vertragsabschluß. Derselbe brachte den Kollegen nicht weniger als 9 Lohnklassen, schwankend zwischen 28 und 42 Pfg. pro Stunde; ausgenommen von diesen horrenden Löhnen waren noch Junggefelln und durch hohes Alter oder Invalidität geschwächte Kollegen.

Im Februar 1907 provozierte der Ingenieur der Regensburger Kunstseifenfabrik einen glatten-Tarifbruch, es kam zum Kampf. Nach einigen Operationen war derselbe für die Kollegen gewonnen und die Firma mußte neben andern Zugeständnissen einen Minimalstundlohn von 43 Pfg. anerkennen.

Die beiden bestehenden Verträge liefen mit dem 1. Juni dieses Jahres ab. Auf unsern vorgelegten Vertrag erhielten wir unterm 6. Juni von den vereinigten Unternehmern von Regensburg ein Schreiben mit dem Inhalt: „Infolge der tatsächlich zurzeit bestehenden mißlichen Verhältnisse des Steinmehrgewerbes keine Zugeständnisse machen zu können.“

Weder Schreiben noch persönliche Vorstellungen waren von Erfolg gekrönt, und endlich am 15. Juli riß der Geduldsfaden der Kollegen und sie legten mit Ausnahme von drei Klausreißern die Arbeit nieder.

Die Kollegen blieben im Kampfe standhaft, und schon am 25. Juli verhandelten einige Unternehmern mit uns. Es wurden Zugeständnisse erreicht, worauf bei diesen Firmen am 27. Juli die Arbeit aufgenommen wurde. Nun kamen auch die Schleifsteindecker zur Einsicht, und zum Ergötzen war es, anzusehen, wie der forsche unter allen, der bei der persönlichen Vorstellung meinte: „Ich bin froh, wenn ich einmal austrafen kann (??). Die Ausstellung in München hob i a no net g'feng“ usw., am ersten zu Kreuze froh und den Kanossengang aufs Genußgerichte machte, um seinen Namen unter den Vertrag zu setzen. Ihm folgte gleich ein zweiter dieser Güte, der es unter seiner Würde fand, mit Arbeitern zu verhandeln. Nun war die heilige Dreieinigkeit der Herren gebrochen, die letzten beeilten sich nun, schnell zu bewilligen, worauf am 3. August die Arbeit auf der ganzen Linie aufgenommen werden konnte.

Der Erfolg der Arbeiter ist ein schöner und voller. Sie erreichten eine sofortige Lohnerhöhung von 2 Pfg. pro Stunde; ab 1. Juni 1909 um einen weiteren Pfennig pro Stunde. Einen Minimallohn von 40 Pfg. ab 27. Juli und von 41 Pfg. ab 1. Juni 1909. Außerdem 9 1/2 stündige Arbeitszeit bei voller Bezahlung der 10 Stunden. Zulagen für Neber- und Nachtstunden, für auswärtige Arbeiten und andre Zugeständnisse. Die Vertragsdauer ist auf zwei Jahre festgesetzt.

Die Unternehmern, die unsern Streikposten zum Spott Schweinefleisch usw. angeboten haben und bei jeder Gelegenheit ihre Bierbankweize zum Besten gaben, haben sich selbst mächtig blamiert. Auch der Zentrumspreffe mit ihren windfahnenartigen Berichten sollten unsere Kollegen dadurch eine Würdigung zuteil werden lassen, daß sie dieselbe endlich aus ihren Wohnungen entfernen und durch eine Arbeiterzeitung ersetzen.

## Etwas über Unternehmertaktik.

Wie wohl den meisten Kollegen noch erinnerlich sein wird, wurde jeinerzeit beim Streik der Steinmehren in Goldbach berichtet, daß die Firma A. Kollmeyer unsere Forderung anerkannt hätte. Der Nachricht liegt folgender Tatbestand zugrunde: Am Sonnabend, den 20. Juni, kam der Werkmeister, Herr Wustmann, zu unserm Vorsitzenden auf den Werkplatz und erklärte, daß auch von der Firma Kollmeyer unsere Forderung anerkannt sei. Am selben Tage noch wurde Herrn Wustmann der von der Firma Zeidler u. Wimmel bereits unterschriebene Tarif ausgereicht, damit er von der Firma Kollmeyer ebenfalls unterschrieben würde. Am darauffolgenden Montag gingen dort zwei Kollegen zu arbeiten an, welche laut ihrer Aussage die von uns geforderten Löhne erhielten. Auf mehrmalige Anfragen betreffs des Tarifs wurde uns immer zur Antwort, daß Herr Kollmeyer den Tarif nach Berlin eingefordert habe, von wo er noch nicht zurück sei. Auf ein direktes Schreiben an Herrn Kollmeyer kam der Tarif zurück, allerdings ohne Unterschrift. Das originellste an der Sache war aber das beiliegende Begleiterscheiben. In diesem wurde ausgeführt, daß der Werkmeister weder beauftragt gewesen sei, mit uns zu verhandeln, noch die von uns gestellten Forderungen bewilligt habe, und sei es unrichtig, daß in dem betreffenden Betriebe die Arbeit am 22. Juni zu den neuen Bedingungen aufgenommen worden sei. Das verstehe nun, wer kann. — Der Werkmeister kommt, erucht um Aufhebung der Sperre, läßt sich den Tarif zwecks Unterschrift ausshändigen und bezahlt die geforderten Lohnsätze — ohne Auftrag! Herr Kollmeyer läßt sich denselben Tarif nach Berlin schicken. Wenn dann in den Kreisen unser Kollegen ein gewisses Mißtrauen gegenüber dem Unternehmern Platz greift, so ist dies nach solchen Erfahrungen nicht zu verwundern. Die Firma, die gegenwärtig gar keine Aufträge hier auszuführen hat, glaubt jedenfalls auf diese Weise mit uns fertig werden zu können. Bei Gelegenheit werden wir aber sicher in der Lage sein, der Firma den Beweis zu liefern, daß sich die Steinmehren auch in der Heuschauer nicht mehr an der Nase herumführen lassen.

## Was sich ein Meister ohne Verband erlauben kann.

Einen netten Begriff von der Bundesratsverordnung scheint der Steinmehrermeister H. Kronenberger in Bielefeld zu haben. Vor kurzem ließ dieser Herr sämtliche Steinmehren zehn Stunden lang arbeiten, trotzdem die Bundesratsverordnung nur neun Stunden Arbeitszeit gestattet. Erst auf die Vorstellungen der Gewerbeinspektion hin wurde dem Uebelthäter auf den Werkplätzen in der Stadt abgeholfen, nicht aber im Steinbruch (Sandhagen), wo noch bis zum vorigen Sonnabend zehn Stunden gearbeitet wurde. Der Unternehmern hat auch wohl hier bekannt gemacht, daß nur neun Stunden gearbeitet werden solle, aber auch gleichzeitig zu den Leuten gesagt, sie könnten so lange arbeiten, wie sie wollten; die Hauptsache wäre, daß nur neun Stunden festgelegt seien; die andern da unten, d. h. die, welche auf dem Platz in der Stadt arbeiten, wären dumme Kerle, weil sie nicht länger schafften. Seit zirka vier Wochen schlafen dort 8 bis 10 Mann auf Stroch in einem Kamine, in welchem auch gekocht wird; etliche hiervon schlafen auf dem Boden deselben Kammes, zugedeckt mit alten Kleidungsstücken. Als sich nun Ungeziefer bemerkbar machte, wurden Sonnabend zwei Bettstellen mit Matten gebracht zum Schlafen für 8 bis 10 Mann! Als „Frühstücksbude“ dient eine Bank im Freien. Auf dem Werkplatz am Hallerweg konnte man bergangene Woche zirka 15 Mann ohne jede Schutzvorrichtung in der brennenden Sonnenhitze stehen sehen, mitten zwischen den Steinen, welche von der alten Post abgebrochen sind und nun wieder umgearbeitet werden, um als neue verwendet zu werden. Schutt scheint auf diesem Plage seit dessen Bestehen überhaupt noch nicht abgefahren zu sein. Das Brot müssen die Arbeiter in den Pausen auf den Steinen sitzend einnehmen, die Straßenkleider liegen auf den Steinen neben dem Arbeitsstid. Die Bundesratsverordnung schreibt vor, daß die Steinmehren 2 Meter auseinander stehen müssen; auf dem Plage an der Gütersloher Straße konnte man sehen, daß kaum 1 Meter Zwischenraum war. Da nun die Firma durch Unterbieten bei den Submissionen fast alle Arbeiten, welche in hiesigem Sandstein gemacht werden, an sich gerissen hat, wobei sie so niedrige Gebote gemacht hatte, daß sie den ortszüblichen Tagelohn nicht innehalten konnte, so suchte die Firma in Gegenden, wo die Organisation noch nicht festen Fuß gefaßt hat, Steinmehren zu einem Stundenlohn von 65 bis 75 Pfg. Es kamen auch sofort 20 bis 25 Mann angedampft. Als sie aber ankamen und ihnen ein Schriftstück zwecks Unterschrift vorgelegt wurde, in welchem u. a. stand, daß im Afford gearbeitet werde, flegten ihnen schon Bedenken auf. Aber noch größer war ihr Erstaunen, als am Sonnabend abend um 1/2 Uhr, ungefähr zwei Stunden nach Schluß der Arbeitszeit, mit dem Auszahlen des vierzehntägigen Lohnes begonnen wurde, und ihnen trotz neun- bis zehnstündiger täglicher Arbeitszeit der „hohe“ Verdienst von 30 bis 45 M. in die Hand gedrückt wurde. An Warnungen seitens des Verbandes hat es nicht gefehlt. Aber diese Kollegen treten überall an, wo sich ihre Kollegen im Kampf um bessere Arbeitsbedingungen befinden. Diejenigen, welche noch außer dem Kostgeld das Jahrgeld hatten, sind am Montag nach ihrer Heimat zurückgekehrt; die andern sind wohl oder übel an die schöne Stadt Bielefeld gebunden, bis sie das Jahrgeld von zirka 15 bis 18 M. übrig haben. Hoffentlich sehen es die Kollegen nun ein, daß sie alle Mann für Mann in den Verband gehen müssen, dann könnte so etwas gewiß nicht mehr vorkommen. Denn der einzelne ist eine Null, aber geschlossen bilden wir eine Macht, mit der jeder Unternehmern rechnen muß. — Es wäre wünschenswert, daß die Gewerbeinspektion, welche von diesen Zuständen benachrichtigt ist, sofort eingriffe.

## Von der Arbeit der Gewerkschaften

Kann man sich einen Begriff machen, wenn man folgende Ziffern aus dem Bericht des vierten Bezirks des Metallarbeiterverbandes (Sachsen, Altenburg) ansieht. Es fanden in den Verwaltungsstellen des Bezirks im Jahre 1907 statt:

- 290 öffentliche Metallarbeiterversammlungen
- 642 Mitgliederversammlungen
- 2470 Betriebs- und Werkstattversammlungen
- 147 öffentliche Branchenversammlungen
- 1132 Kommissions- und Verwaltungssitzungen
- 562 Vertrauensmänneritzungen.

Wenn man bedenkt, daß in den öffentlichen, den Mitglieder- und den Branchenversammlungen fast jedesmal ein Referat über irgendein gewerkschaftliches, volkswirtschaftliches oder wissenschaftliches Thema gehalten wird, kann man sich einen Begriff von der intensiven Bildungs- und Aufklärungsarbeit der Gewerkschaften machen, zumal in den meisten Gewerkschaften im Verhältnis zur Größe natürlich ähnlich intensiv gearbeitet wird.

Welch eine Verwaltungs- und Bureauarbeit in einer großen Gewerkschaft geleistet werden muß, davon zeugen folgende Zahlen: In den Verwaltungsstellen des Metallarbeiterverbandes im hiesigen Bezirk waren insgesamt 85 180 Postfächer abzufertigen (Briefe, Postkarten, Drucksachen, Postanweisungen, Pakete, Telegramme). Diese verursachten allein 5497,78 Mk. Postkosten. Dazu kommen noch insgesamt 6820 Aus- und Eingänge der Bezirksleitung. Zur Erledigung der Geschäfte waren von der Bezirksleitung 553 Reise- und 502 Bureauarbeitstage nötig.

Man ersieht aus diesen Angaben, welche ein komplizierter Organismus eine moderne große Gewerkschaftsorganisation ist und wie alles ineinander arbeiten muß, damit er richtig funktioniert. Das ist nur möglich, wenn Leitung und Mitglieder harmonisch zusammenarbeiten.

## Bilder aus dem Gegenwartsstaat.

Ein Mitarbeiter der Berliner Volkszeitung schildert in diesem Blatte die unerhörte Ausbeutung der Handwerker im schlesischen Berggebiet. Bei einer Arbeitszeit von früh 6 Uhr bis abends 10 Uhr kann dort ein Weber kaum 1 Mk. pro Tag verdienen. Im Anschluß an diese Schilderung menschlichen Elends untersucht der Verfasser die Frage, ob den Leuten sich nicht auch andre Arbeitsgelegenheit bietet. Er verneint das. Grund und Boden könnten sie sich auch dann nicht kaufen, wenn sie die Mittel dazu hätten, weil der Großgrundbesitz alles an sich gerissen hat. Aber auch als Landarbeiter haben sie keine Aussicht, Arbeit zu finden, denn die Großgrundbesitzer beschäftigen die noch billiger arbeitenden Galizier und — Schulkinder. Dorf-kinder im Alter von 10 bis 14 Jahren werden im Sommer gegen einen Stundenlohn von 5/12, in Worten fünf- und einhalb Pfennig, täglich sechs Stunden, nachmittags von 1 bis 7 Uhr im Heu, in den Rüben, Kartoffeln und dergleichen, d. h. in schattenloser Feldarbeit, unter der Aufsicht eines Vogts beschäftigt. Die Unterrichtszeit dieser Kinder liegt vormittags von 7—10 Uhr, also: 3 Stunden Unterricht und 6 Stunden Feldarbeit, so sieht „die goldene Jugendzeit“ dieser Kinder aus! Hier haben sich die Verhältnisse seit 25 bis 30 Jahren wesentlich verschlechtert, denn damals wäre es keinem Dorfbewohner eingefallen, sein Kind auf den Acker des Ritterguts zu schicken, heute sind die Eltern froh, wenn ihre Kinder einen Verdienst von 33 Pfg. für den Tag nach Hause bringen! Wenn nun aber viele Kinder nach ihrer Schulentlassung in die Industrie abwandern, so finden sie auch dort nur einen kärglichen Lohn. Denn dort kommt nur der Arbeiter mit guter Schulbildung vorwärts. Diese fehlt aber den in solcher Umgebung aufgewachsenen Kindern. Die Halbtagschule, die hier überall die Regel ist (der bekannte Lehrermangel macht aus ihr freilich noch an vielen Stellen zeitweise sogar eine Dreivierteltagsschule), kann trotz aller Mühe des Lehrers den Kindern kaum das Notwendigste an Kenntnissen fürs Leben mitgeben.

Ein Gegenstück zu dieser wahrheitsgetreuen Schilderung läßt sich die agrarische Deutsche Tageszeitung von einem thüringischen Landgeistlichen berichten, der schreibt:

Ich bin Geistlicher in einem Thüringer Kirchspiel, zu dem zwei Waldorte gehören, die im rauhesten Teile des Landes liegen. Es ist keine Bahn in der Nähe, die Bewohner treiben Holzmacherei; sie nähren sich nicht besonders gut, trinken keinen Schnaps, wohl aber viel gutes, wenig alkoholhaltiges Bier, sind nicht arm, aber reich an Kindern (bis zu 17). Die Luft ist rein und feucht, das Wasser rein. Die Orte liegen 600—700 Meter hoch, ihr Zuschnitt ist trotz der Fabrikarbeit ganz ländlich; die Leute halten sich viel im Freien, in Wald und Wiese auf; Kornbau wird gar nicht getrieben; der Schnee liegt oft sieben Monate hindurch. Unter den 1300 Bewohnern sind seit dem 1. August 1906, also seit zwei Jahren, im ganzen 36 Todesfälle vorgekommen. Unter den 26 gestorbenen Kindern befand sich eine Totgeburt, 2 Frühgeburten, 20 Säuglinge unter einem halben Jahre, 3 Kinder von 1/2 bis 2 Jahren. Demgegenüber waren in derselben Zeit 106 Geburten zu verzeichnen. Gewiß ein Beweis dafür, daß auch das arme Land ein reicher Quell der Volkserneuerung sein kann und ist.

Der Geistliche scheint die Welt mit ganz eignen Augen anzusehen, sonst müßte es ihm doch auffällig erscheinen, wenn von 106 Kindern 20 im ersten halben Lebensjahre gestorben sind. Gerade der Thüringer Wald ist dafür bekannt, daß dort die Löhne am traurigsten, und die Ernährungsweise am kümmerlichsten ist. Warum sagt denn der biedere Landgeistliche nicht, weshalb die Leute sich nicht besonders gut nähren? Würde er das der Wahrheit gemäß feststellen, dann würde sich das Bündlerblatt hüten, den Artikel abzudrucken.

## Wer trägt die Kosten der Maiausperrungen?

Ueber dieses Problem sind wiederholt Verhandlungen zwischen den Vertretern der Partei- und Gewerkschaftsorganisationen gepflogen worden, und auch der Gewerkschaftskongreß hat sich mit der Frage beschäftigt, auf welche jetzt der bekannte Professor Ph. Lotmar in Bern in der Zeitschrift „Gewerbe- und Kaufmannsgericht“ eine überraschende Antwort gibt. Nach einer eingehenden Untersuchung aller in Betracht kommenden Momente vom Standpunkt des Juristen kommt er zu dem Resultat, daß die von der Maiausperrung betroffenen Arbeiter von ihrem Arbeitgeber Lohn für die Arbeit verlangen können, die sie infolge seiner Ausperrung nicht haben leisten können.

In dem sehr interessanten Aufsatz legt Lotmar dar, daß der Arbeiter, der am 1. Mai feiert, mit seiner Leistung im Sinne des § 284 des Bürgerlichen Gesetzbuchs in Verzug gerät, aber nur für diesen einen Tag. Er untersucht nun, welche Rechtsfolgen dieser Verzug hat, und stellt fest, daß das Bürgerliche Gesetzbuch in dieser Beziehung dreierlei vorsieht. Erstens die Steigerung der Verantwortlichkeit des Schuldners nach § 287, die jedoch hier nicht in Betracht kommt. Eine zweite Folge des Verzugs ist die Berechtigung zur Schadenersatzforderung. Ein Schaden kann dem Unternehmer aus der Verweigerung der Arbeit am 1. Mai zweifellos erwachsen, und er ist berechtigt, dafür Ersatz zu fordern, insoweit er nicht nach § 254 das Seinige zur Abwendung und Verringerung des Schadens zu tun unterlassen hat. Wenn er aber der Feier am 1. Mai eine

Ausperrung folgen läßt, begibt er sich des Rechtes, Schadenersatz zu fordern, denn er befundet damit, daß er durch die Arbeitsruhe am 1. Mai keine oder keinen empfindlichen Schaden erlitten hat. Die Ausperrung nach dem 1. Mai ist eine Schikane, mit welcher lediglich bezweckt wird, den Arbeiter zu schädigen, um ihn für die Maifeier zu strafen und ihn von künftiger Maifeier abzuschrecken. Nach § 226 ist aber die Ausübung eines Rechtes unzulässig, wenn sie nur den Zweck haben kann, einem andern Schaden zuzufügen. Der Unternehmer, der seine Arbeiter wegen der Maifeier ausperrt, hat sich demnach des Rechtes begeben, Schadenersatz für die Maifeier zu verlangen.

Drittens kann der Arbeitgeber nach § 326 unter Ablehnung der Erfüllung, Schadenersatz wegen Nichterfüllung verlangen oder vom Vertrag zurücktreten. Ohne Fristsetzung kann er das aber nur tun, wenn die Erfüllung des Vertrags infolge des Verzugs für ihn „kein Interesse“ hat. Das trifft aber im vorliegenden Falle nicht zu, denn das Interesse des Unternehmers an der Arbeit ist durch den Ausfall am 1. Mai eher stärker geworden, denn er muß den übernommenen Auftrag doch ausführen, trotzdem am 1. Mai gefeiert wurde. Deshalb ist der Rücktritt vom Vertrag ohne Fristsetzung nicht angängig. Aber auch mit Fristsetzung ist der Rücktritt nicht wohl ausführbar. Die Frist kann doch wohl nur zu dem Zweck bestimmt werden, um das Versäumte einzubringen. Schreitet aber der Unternehmer zur Ausperrung, so beweist er damit, daß ihm gar nicht ernsthaft um die Heilung des Verzugs zu tun ist. Wer so handelt, entsagt vielmehr für den Fall, daß die Nachholung innerhalb der Frist nicht erfolgt, den Mitteln des Rücktritts und der Schadenersatzforderung wegen Nichterfüllung.

Mit diesen Bestimmungen sind die Möglichkeiten, die das Bürgerliche Gesetzbuch dem Unternehmer gibt, gegen die Maifeier einzuschreiten, erschöpft. Eine Ausperrung läßt sich mit diesem Gesetz nicht begründen.

Ebenso wenig läßt sich das durch die Gewerbeordnung erreichen. Der § 123 Ziffer 3 ist nicht anwendbar, weil sich der Arbeiter, der am 1. Mai die Arbeit ruhen läßt, nicht beharrlich weigert, seinen Verpflichtungen nachzukommen. Ebenso wenig läßt sich von ihm sagen, daß er die Arbeit verlassen habe; dieser Ausdruck gilt, wie aus dem sonstigen Inhalt der Gewerbeordnung hervorgeht, nur für einen, der die Arbeit verläßt, um nicht wiederzukommen. Die sofortige Entlassung auf Grund des § 123 Ziffer 3 ist also unzulässig. Der § 124 a gestattet sofortige Lösung des Arbeitsverhältnisses aus „wichtigen Gründen“, wenn das Arbeitsverhältnis auf mindestens vier Wochen, oder wenn eine längere als vierzehntägige Kündigung vereinbart ist. Solche Vereinbarungen kommen selten vor. Wo es der Fall ist, wäre eine sofortige Entlassung wohl zulässig, nicht aber eine Ausperrung, bei welcher das Arbeitsverhältnis nicht gelöst, sondern nur unterbrochen wird. Schließlich könnte noch § 124 b in Betracht kommen, der dem Arbeitgeber Anspruch auf Schadenersatz ohne Schadenersatzbeweis gibt, wenn der Arbeiter die Arbeit rechtswidrig „verlassen“ hat. Diese Bestimmung kann aber nicht angewendet werden, da, wie bereits erwähnt, es sich bei der Maifeier nicht um ein Verlassen der Arbeit im Sinne der Gewerbeordnung handelt.

Aus diesen Darlegungen ergibt sich, daß der Unternehmer weder aus der Gewerbeordnung, noch aus dem Bürgerlichen Gesetzbuch ein Ausperrungsrecht als Repressalie gegen die Feier des 1. Mai herleiten kann. Anders ist es mit dem Arbeiter, der am 2. Mai ausgesperrt wurde; ihm gibt das Bürgerliche Gesetzbuch ein Recht, Ersatz des erlittenen Schadens vom Unternehmer zu verlangen. Der Unternehmer, der seinen Arbeiter ausgesperrt hat, kommt diesem gegenüber durch das Unterbleiben der Arbeit in Annahmeverzug. Das gibt dem Arbeiter das Recht, auf Grund des § 615 des Bürgerlichen Gesetzbuchs für die nicht geleisteten Dienste die vereinbarte Vergütung zu verlangen, nur muß er sich gewisse, vom Arbeitgeber nachzuweisende Posten darauf anrechnen lassen.

Von dieser Verpflichtung kann sich der Unternehmer nicht dadurch befreien, daß er den Arbeiter entläßt. Denn wenn er entschlossen ist, ihn nach Beendigung der Ausperrung wieder einzustellen, wenn er also die Stelle nicht freilassen, sondern nach der Ausperrung wieder besetzen will, und zwar mit dem Ausgesperrten, dann ist die Entlassung ungültig. Um die Rechtsfolge des Annahmeverzugs auszuschließen, müßte die Entlassung ohne die Absicht der Wiederanstellung erfolgen, was sich nicht schon aus der Einbindung der Ausweisepapiere ergibt.

Auf Grund dieser Darlegungen, die wir hier nur auszugswweise wiedergegeben haben, kommt Lotmar, wie eingangs erwähnt, zu dem Schlusse, daß die Unternehmer die Kosten der Maiausperrungen zu tragen haben. Und da derartige Forderungen erst zwei Jahre nach Beendigung des Entstehungsjahres verjähren, könnten jetzt noch die Ansprüche aus den Jahren 1906, 1907 und 1908 geltend gemacht werden. Lotmar hofft, daß wenn erst einige Arbeiter den Lohn für die Ausperrungstage vom Unternehmer verlangt und ihnen derselbe vom Gewerbegericht zugesprochen würde, die Maiausperrungen abnehmen oder gänzlich aufhören würden. Dieser Annahme möchten wir nicht unbedingt beipflichten; wir sind vielmehr der Meinung, daß die Unternehmer im Falle einer Verurteilung für die Folge vorsichtiger zu Werke gehen und bestrebt sein werden, die ihnen unangenehmen Wirkungen der Ausperrungen zu vermeiden, ohne auf diese selbst zu verzichten; immerhin wäre es nicht unangebracht, einmal eine Probe darauf zu machen, wie sich die Gewerbegerichte in der Praxis zu der Frage stellen.

## Korrespondenzen

**Flöß.** Am 26. Juli fand im Wittmannschen Gasthause eine öffentliche Steinarbeiterversammlung statt, welche gut besucht war. Als Referent war Gewerkschaftssekretär Weis aus Markt-Redwitz anwesend, welcher über das Thema: „Was müssen wir tun, um unsre Lage zu verbessern?“ ein vorzügliches Referat hielt. Genosse Weis, welcher durch sein Referat lebhaften Beifall erntete, hat sich um der Anwesenheit und die Erhaltung unserer Zahlstelle schon sehr verdient gemacht. Zum 2. Punkt der Tagesordnung wurde zunächst der Bescheid der Firma Wates in Markt-Redwitz kritisiert. Die Firma, welche bekanntlich ihren Arbeitern das Koalitionsrecht verweigert und ihren Arbeitern kündigte, gab bekannt, von Flöß und Umgebung bekommen sie Arbeiter genug. Mag die Firma Wates die Steinarbeiter von Flöß auch für zurückgeblieben und borniert halten, aber so

bernünftig, Ausreißer zu spielen, sind sie nicht. Weiter wurde das Verhalten der Flößbürger Kollegen einer gebührenden Kritik unterzogen. Nach zweijähriger Mühe gelang es endlich, von 120 dort beschäftigten Steinarbeitern 34 dem Verband zuzuführen. Aber auch bei diesen wenigen war es nur Strohfeuer, welches die Begeisterung für den Verband nach kurzer Zeit wieder erlöschen ließ. Die Arbeitszeit wird dort nur durch die Nacht begrenzt. So kam es vor kurzer Zeit vor, daß ein Steinarbeiter vor Erschöpfung nicht mehr den 10 Minuten weiten Weg von der Arbeitsstelle nach Hause allein gehen konnte, sondern von zwei Kollegen geführt werden mußte. Kommtar hierzu ist überflüssig. Daß unter diesen Umständen die Agitation sehr schwierig ist, brauchen wir wohl nicht näher klarzulegen. Mag den Kollegen manchmal auch der Mut sinken in dieser schwierigen Situation, so mögen sie sich immer das große Ziel vor Augen halten und die Worte beherzigen: „Kraft und Mut geleiten uns zum Ziel hinan!“

**Ströbel.** Am 29. Juli tagte im Sattlerischen Lokal eine gut besuchte Steinarbeiterversammlung. Gauleiter Daubenthaler hatte das Referat übernommen. Der Kassierer gab die Abrechnung bekannt. Es ist alles für richtig befunden worden und wurde ihm Entlastung erteilt. In Verschiedenem wurde eine lebhafte Debatte geführt über die schlechten Arbeitsverhältnisse. Dann wurde noch das Sommerfest beschlossen und die Versammelten überließen es der Lokalverwaltung. Die Lokalverwaltung beschloß: Sonntag, den 9. August, findet das Sommerfest statt. Anfang 3 1/2 Uhr bei Sattler im Garten. Die imposante Versammlung schloß mit einem Hoch auf den Zentralverband der Steinarbeiter.

## Rundschau.

**Einem ehrenden Nachruf für den Genossen Ehrhart** widmete im Stadtparlament zu Ludwigshafen der dortige Oberbürgermeister Kraft. Der Herr sagte: „Eine empfindliche schmerzliche Lücke hat der Tod, der niemand verschont, in unser Stadtratskollegium gerissen. Plötzlich und unerwartet ist das langjährige Mitglied desselben, Herr Franz Joseph Ehrhart, aus diesem Leben abgerufen worden und Trauer ist in diesem Saal eingetieft. Noch vor wenigen Tagen hat der Entschlafene, körperlich scheinbar munter und rüstig, auf einer Fahrt von München hierher zu mir gesagt: „Meine Nerven sind überanstrengt, ich kann nicht mehr so wie früher, mit diesen Worten ist der ganze Mann gekennzeichnet, denn Arbeit war der Inhalt seines Lebens. Aus kleinen, den einfachsten und natürlichsten Verhältnissen, hat er, begabt mit scharfem Verstand, sich heraus- und emporgearbeitet zum selbständigen Arbeiter und vom selbständigen, vielgeübten Arbeiter zum Handwerksmeister wurde er zum Stadtrat, zum Landtagsabgeordneten, zum Reichstagsabgeordneten gewählt. Wir alle wissen, er war ein zäher, zielbewußter, pflichterführer, energischer, vor keiner Schwierigkeit, vor keinem Hindernis zurückschreckender Arbeiter, auf welchem Gebiete er sich immer bewegte und betätigte. Aber er hat bei dieser feiner vielen Anspannung, bei seiner öffentlichen Tätigkeit, in seinem öffentlichen Wirken niemals seinen eigenen Beruf, sein Handwerk vernachlässigt und seine Familie vergessen. Er war ein treu besorgter Familienvater, dem seine Familie über alles ging. Hier, meine Herren, in diesem Saale, in dem ja die Meinungen so oft auseinandergehen und auseinandergehen müssen, hat er wohl manche unster Ansichten, die mit den seinen diametral auch auseinandergehen, mich selbst oft und scharf bekämpft, er hat aber in so mancher wichtigen Frage Seite an Seite mit mir gestanden. Nun er tot ist, ruhen die Waffen, es ist Kampf und Streit für immer vergessen. Wir wollen, die wir hier versammelt sind, dem Entschlafenen ein ehrendes Andenken bewahren.“

**Karl Görlitz.** In Magdeburg verstarb am 30. Juli der Genosse Karl Görlitz, welcher mit großem Geschick seit fünf Jahren die Hafnarbeiterzeitung leitete. Der Verstorbene hat nur ein Alter von 42 Jahren erreicht. Sein Tod war die Folge einer schweren Magenkrankheit, deren Keim während seiner letzten Gefängnishaft gelegt wurde. Er war nicht verheiratet; er verbrachte die letzten zwei Monate seiner schweren Erkrankung bei seinen Eltern in Magdeburg. Er hatte umfassende geschichtliche und wirtschaftspolitische Kenntnisse und dabei war er journalistisch sehr begabt. Die Hafnarbeiterzeitung war den Schiffsmagnaten natürlich verhaßt und so kam es auch, daß G. öfters zu mehrmonatigen Gefängnisstrafen verurteilt wurde. Nun hat der energische Anwalt für die Hafnarbeiter für immer ausgedient.

**Ein schwerer Unglücksfall.** Bei den Sprengarbeiten am Bau der Bodensee-Zugbahn auf dem Bahnhof in Herisau sind fünf italienische Arbeiter schwer verletzt worden; zwei davon sind gestorben. Eine Mine war nur halb losgegangen; bei der weiteren Bohrung stieß man auf den Rest, der dann unversehens losging.

Die Schießvorschriften werden eben überall lax gehandhabt. Was schert das den Unternehmer, wenn etliche Arbeiter das Leben einbüßen.

**Submissionsblüten.** Für den Neubau des Manenkafernements in Hannover waren circa 15 000 Quadratmeter Pflastersteine und circa 3400 laufende Meter Bordsteine zur öffentlichen Verdingung ausgeschrieben. Die kleinsten Forderungen waren in der Höhe von 58 000,40 Mark von je Meine u. Altemann, Mehle und Rudolf Schmidt-Hannover, 58 389,55 Mark von S. Verneburg, Linden usw., und die weitgehendsten erstreckten sich bis 127.500 Mark von G. Hinzmann-Hannover und 148 881,85 Mark von J. B. Neumann-Görlitz.

**Submissionsresultate.** Für das Kreisbauamt Reddinghausen waren zu liefern 5000 Kubikmeter Padlage, 1450 Kubikmeter Sandsteinschlag und 67 Stück Numeriersteine. Mindestfordernder Weiland-Quisburg: 29 722 Mark, Höchstfordernder Schneider-Appelbeck: 41 719 Mark. Wir meinen, bei einer solch gewöhnlichen Submission ist nicht einmal allzuviel Verstand nötig, um nur einigermaßen das Richtige zu treffen.

**Schwerer Unglücksfall.** In einem Steinbruch in Hartmannshof bei Herbrud löste sich ein großer Felsblock los. Von den drei dort beschäftigten Arbeitern konnten sich zwei in Sicherheit bringen, während dem dritten, dem 52 Jahre alten verheirateten Michael Loos, von einem Stein der Hinterkopf zerschmettert wurde. Der Tod trat sofort ein.

**Zu viel Arbeit.** Der Steinmetzmeisterverband (Eich Berlin) stellt noch einen weiteren Verbandssekretär an. Wir wir hören, soll der 1. Funktionär mehr agitatorisch tätig sein.

**Kommunale Fürsorge für Alkoholranke.** Ein neuer Bundesgenosse hat sich den Alkoholgegnern der Stadt Kiel angeschlossen. Die Stadtverwaltung hat vor einigen Wochen eine Fürsorgestelle für Alkoholranke errichtet, die in der kurzen Zeit ihres Bestehens schon fleißig in Anspruch genommen wird. Mit der Fürsorgestelle ist eine „Alkoholphreistunde“ verbunden, die in einem städtischen Bureau untergebracht ist. Ein mit der Alkoholfürsorge vertrauter Herr erteilt den Besuchern wöchentlich Rat, Auskunft und eventuell auch Hilfe. Der Leiter der Fürsorgestelle — ein Magistratsassessor — hat sich die Mitarbeit aller Abstinenzvereine der Stadt gesichert, wodurch einer erfolgreichen Arbeit die Wege gebnet sind. Auch die Kieler Ortsgruppe des baltischen Arbeiterabstinenzbundes arbeitet mit diesem Institut Hand in Hand, und es sind ihr von diesem auch schon mehrfach Personen für den Bund zugewiesen worden. Zu wünschen wäre, daß auch andre Städte derartige Institute einrichteten.

**Ein meinelidberächtiger Selber.** Gegen den von der Arbeiterunion Germania in Berlin angestellten Sprechmeister der Arbeitnachweisstelle ist Anklage wegen Meineids erhoben worden. Der saubere Macher heißt Vogel und soll in vielen Fällen Befragungsgelder angenommen haben. Vor Gericht hat Vogel schon zweimal das Gegenteil geschworen. Nun endlich ereilt ihn sein wohlverdientes Schicksal.

**Ein Unternehmerkiff.** Die Aktiengesellschaften sind gesetzlich verpflichtet, ihre Jahresbilanz zu veröffentlichen. Auf diese Weise erfährt man die Höhe der Unternehmensgewinne. Bei Aufstellung von Lohnforderungen ist es natürlich von höchster Bedeutung, zu wissen, was den Aktionären mühselos in die Taschen gleitete. Den Unternehmern ist das längst unangenehm. Bisher haben sie, soweit Aktiengesellschaften in Frage kommen, sich vielfach damit geholfen, bedeutende Abschreibungen an Säufern und Materialisten, Maschinen und Modellen usw. vorzunehmen, um die Dividende kleiner erscheinen zu lassen. Trotz dieser Manipulationen sind die als Dividende verteilten Summen in den meisten Fällen noch enorm hoch geworden. Jetzt endlich hat man einen Weg entdeckt, der eine gewisse Verschleierung der eigentlichen Profite erlaubt, und das Verdienst hieran hat der Direktor Dr. Schmidt von der Firma Krupp. In der Generalversammlung der Konfordia, einer großen Bergengesellschaft, erschien auch besagter Dr. Schmidt, der die Aktien der Firma Krupp betrat. Auf der Tagesordnung stand auch der Antrag, das Aktienkapital um 1.250.000 Mark zu erhöhen. Diesem Antrage trat Dr. Schmidt entgegen; er beantragte eine Erhöhung des Kapitals um 3.000.000 Mark.

Die hierdurch erzielte Verwässerung des Aktienkapitals erscheine ihm notwendig wegen der drohenden Dividendensteuer und auch, weil durch so hohe Dividenden, wie sie die Konfordia verteile, die Begehrlichkeit der Arbeiterschaft sowohl wie die Industrieinhaberschaft der Regierungen- und Reichstagskreise in gleichem Maße wachse.

Es ist jedenfalls nicht ohne Interesse, daß es gerade ein Vertreter der Krupp-Werke ist, die vom Deutschen Reiche enorme Summen verdienen, der, aus Besorgnis vor einer drohenden Dividendensteuer, schon jetzt Vorkehrungen treffen will, dem Reiche diese Einnahme nach Möglichkeit zu schmälern. Auf der andern Seite ist nicht minder interessant, was dieser Vertreter eines Unternehmens, das sich immer mit seinen Wohlfahrtsanstalten brüftet, über die Begehrlichkeit der Arbeiter sagt. Die Riesengewinne sollen verschleiert werden, damit die großen Werte sich schließlich gar noch als „notleidend“ bezeichnen können, wenn die Arbeiter höhere Löhne oder der Staat höhere Steuern fordert. So sieht die Opferwilligkeit des Großkapitals aus, das den Staat selbst nach Kräften ausbeutet. Der Vertreter Krupps ist zwar mit seinem Antrage abgefallen, das Großkapital wird aber sicher den geeigneten Weg noch beschreiten.

**Generalaussperrung für das gesamte Baugewerbe in Braunschweig.** Ein schwerer Konflikt ist im Baugewerbe Braunschweigs aus geringfügiger Ursache ausgebrochen. Beim Bau eines Saales für das Rathaus Richmond, der vom Maurermeister Krohn ausgeführt wird, verließen am Mittwoch drei Arbeiter die Arbeitsstätte, weil ihnen der Lohn des Steintragens für die höheren Schichten des Baues — 45 Pfg. die Stunde — zu gering und ein geforderter Zuschlag abgelehnt war.

Nachdem sie den hier üblichen Erlaubnischein des sogenannten „Arbeitsnachweises“ des Unternehmerverbandes erhalten, traten sie in Arbeit bei einem anderen Unternehmer, dem aber alsbald von diesem Nachweismaterial auf Betreiben des obigen Maurermeisters ausgesetzt wurde, diese drei Arbeiter sofort wieder zu entlassen; dem auch Folge gegeben wurde. Außerdem wurden sie für den dortigen Arbeitsmarkt „schwarz“ geschrieben, was soviel bedeutet, daß sie auf keinem Bau in Braunschweig Arbeit erhalten. Doch mit dem „Schwarzschreiben“ hat der Exorzismus des Unternehmerverbandes noch nicht seinen Höhepunkt erreicht; es kam noch ärger. Der Vorstand des Unternehmerverbandes richtete an den Vorsitzenden des Bauarbeiterverbandes, obgleich dieser mit der Arbeitsniederlegung der Arbeiter nichts zu tun hatte, auch nicht die Macht hat — hier besteht kein Tarifvertrag — die Arbeiter zur Wiederaufnahme der Arbeit zu veranlassen, oder Ersatzarbeiter zu stellen, die drohende Mitteilung:

Daß am Montag eine Aussperrung der Bauarbeiter und damit selbstverständlich auch der Maurer erfolgen werde, wenn der Maurermeister Krohn bis dahin keinen Ersatz für die drei Bauarbeiter habe.

Wie lebt der russische Arbeiter? Die offizielle Handels- und Industriezeitung veröffentlicht interessantes Material zur Frage der Lebenshaltung des russischen Arbeiters. Wie das Blatt feststellt, belief sich der Tagelohn folgender Kategorien von Arbeitern im Jahre 1906 (in Rubeln):

	in Paris	in Moskau
Löpfer	2.85	1.15
Steinseher	2.14	1.05
Schmiede	3.80	1.23
Zimmerer	3.04	1.20
Dachbeder	2.85	1.15
Maler	2.74	1.15
Tischler	3.04	1.20
Im Durchschnitt 3.00		1.18

Der Tagelohn der genannten Kategorien der französischen Arbeiter übersteigt also den Tagelohn derselben Arbeiter in Rußland um 2½mal. Ähnlich liegen die Verhältnisse auch in andern Gewerben. So belief sich der Durchschnittslohn eines Grubenarbeiters im Jahre 1906 in Frankreich auf 500 Rubel, in Südrußland (dem Zentrum der russischen Steinkohlenindustrie) auf 270 Rubel im Jahre. In der Zuckerindustrie beläuft sich der Durchschnittslohn eines Arbeiters in Frankreich auf 1,5, in Rußland — auf 0,7 Rubel und einer Arbeiterin auf 0,8 und 0,3 Rubel pro Tag.

Es muß freilich bemerkt werden, daß die Lebensmittelpreise in Frankreich meist höher sind als in Rußland. Im Jahre 1906 waren die Preise für folgende Lebensmittel in Paris höher als in Moskau: Rindfleisch um 100, Schweinefleisch — 55, Kalbfleisch — 23, Eier — 18, Butter — 17, Brennöl — 40 Prozent. Dagegen waren die Preise in Moskau höher als in Paris: für Fett und Zucker um 62—65, für Weizenbrot — von 20—30 Prozent. Also bereits im Jahre 1906 war nicht nur der nominelle, sondern auch der reale Arbeitslohn des russischen Arbeiters bedeutend niedriger als des französischen Arbeiters. Seitdem hat sich das Verhältnis infolge der enormen Preissteigerung aller Lebensmittel in Rußland noch zugunsten des russischen Arbeiters verschoben.

**An die Gewerbegerichtsbeisitzer Deutschlands.** (Arbeiter.)

Im Anschluß an die Bekanntmachung in Nr. 20 vom 23. Mai 1908 des Korrespondenzblatts den Delegierten zur Kenntnis, daß die auf 2 Tage anberaumte Konferenz der Gewerbegerichtsbeisitzer Dienstag, den 25. August, vormittags 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus zum Goldenen Löwen in Jena, Johannesplatz 14, eröffnet wird.

In demselben Lokal wird Montag, den 24. August, abends von 8 Uhr an, eine zwanglose Zusammenkunft der Delegierten stattfinden. Das Empfangslokal befindet sich ebenfalls im Gewerkschaftshaus, wo das Lokalkomitee von Sonntag mittag, den 23. August, an tagen wird, so daß etwaige

Auskünfte daselbst jederzeit eingeholt werden können.

Von Sonntag, den 23. August, mittags an, werden am Bahnhof Führer, erkennbar an rot-weißen Schleifen, die Teilnehmer nach dem Logis oder nach dem Empfangslokal geleiten.

Die Meldungen um Beschaffung von Logis und die damit verbundenen Wünsche sind nur an Herrn Hugo Segel in Jena, Mittelstr. 5, bis spätestens den 16. August zu richten.

Die Namen der gewählten Delegierten sowie deren Adressen mit Angabe, ob die Beschaffung von der Gemeinde oder dem Kartell bzw. mit einer Beihilfe von letzteren erfolgt und womöglich, welche Mittel den Beisitzern von der einen oder der andern Seite bewilligt werden, sind nur an den Unterzeichneten zu melden.

Alle Partei- und Gewerkschaftszeitungen werden um Abdruck dieser Bekanntmachung gebeten.

Die Zentralkommission der Gewerbegerichtsbeisitzer (Arbeitnehmer) Deutschlands.  
J. A.: Richard Holz, Dresden-N., Am See 33.

**Literarisches.**

**Protokoll über den Gewerkschaftskongreß in Hamburg.** Im Verlage der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands, Berlin S.O., Engel-Ufer 15, IV, sind erschienen: Protokoll der Verhandlungen des 6. Gewerkschaftskongresses, abgehalten vom 22.—27. Juni 1908 in Hamburg, sowie: Die deutschen Gewerkschaften. Neue graphische Darstellungen und statistische Tabellen, von L. Brunner. Beide Schriften sind durch sämtliche Buchhandlungen zu beziehen. Der Preis des Protokolls beträgt 1 Mark pro Exemplar, der der Brunnerschen Schrift 1.50 Mark. Die Mitglieder der Gewerkschaften erhalten die Schriften zum Selbstkostenpreis, das Protokoll zu 25 Pfg. und die Schrift von Brunner zu 50 Pfg. pro Exemplar.

Das 23 Bogen starke Protokoll ist eine stenographische Aufnahme der Verhandlungen des Kongresses und gibt Referate und Diskussionsreden fast wörtlich wieder. Bei der überaus wichtigen Tagesordnung des Kongresses bietet das Protokoll wertvolles Material für alle, die ein Interesse an der Gewerkschaftsbewegung haben.

Die von L. Brunner bearbeitete Schrift gibt einen Überblick über die Stärke und die Leistungsfähigkeit der deutschen Gewerkschaften seit dem Jahre 1890, sowie eine vergleichende Uebersicht der internationalen Gewerkschaftsbewegung in bezug auf die Größe der Bewegung in den einzelnen Ländern. Veranschaulicht wird diese Darstellung durch zehn graphische Tabellen und einer statistischen Aufstellung. Die Arbeit ist eine Fortsetzung und Ergänzung der Schrift mit gleichem Titel, die zum erstenmal im Jahre 1905 herausgegeben wurde. War in der ersten Schrift das Hauptgewicht auf die Darstellung des Verhältnisses der Organisierten zur Zahl der Berufsangehörigen gelegt, so ist bei der vorliegenden Arbeit Wert darauf gelegt worden, die geographische Verbreitung der Gewerkschaften und den Charakter derselben als Kampforganisation und ihre Erfolge, zur Anschauung zu bringen. Beide Schriften verdienen die weiteste Verbreitung.

**Allgemeine Bekanntmachungen.**

**Miltensberg.** Sebastian Kraus in Langensalza mag mir seine genaue Adresse sofort angeben. Joseph Breunig, Vorsitzender.

**Müthen.** Die Steinmehnen Anton Birnes und Andreas Speichler werden ersucht, ihre Adresse an Unterzeichneten gelangen zu lassen. Die beiden haben ihre Bücher hier liegen lassen. Wilhelm Koch, Kassierer.

**Mühlhausen (Elb.).** Zurückende Kollegen haben, bevor sie um Arbeit zusprechen, sich beim Kassierer L. Wolf zu melden.

**Breslau.** Der Steinmetz Karl Günther möchte sofort seine Adresse einsenden. Albert Scholz, Hirchstraße 49, pt.

**Adressen-Änderungen.**

**Eberbach (Baden).** Kass.: Wilhelm Krauth, Brühlstraße 6.  
**Metten.** Vorsi.: Otto Hof.

**Quittung**

über zurückgekauftes Markenmaterial vom 1. bis 31. Juli.  
Lahr, 115 B III, 93 B II, 118 X, Rothenburg, 4 X, Leonbronn, 9 X, Stuttgart, 1 X, Seeburg, 160 X II, 49 K, Schmalkalden, 86 B II, 20 E, 4 X, Hof, 115 X, Grawinkel, 115 X, Göttingfeld, 63 X, Dörsen, 114 B III, 11 E, 39 K, 6 X, Hafferode, 3 X, Hall, 89 X, Marburg, 61 X, Kästnerlautern, 465 X, Mühlheim, 59 X, Münster, 49 X, Mühlhausen (Elb.), 68 X, Nittlingen, 121 X, Wirsberg, 204 B II, 4 E, 5 Erl., 36 K, Zaisersweiher, 361 B III, 25 E, 181 K, Straßburg, 44 X, Dörsenbach, 8 X, Kelbra, 40 X.  
Ludwig Geiß, Kassierer.

**Quittung.**

Eingegangene Gelder vom 27. Juli bis mit 1. August.  
(Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Kranken- und Erwerbslosenmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inzerate, X. = Extrasteuer.)

Lorgau (Kranz), B. 5.25; Hamburg (Fuchs), Ins. 0.40; Kopenhagen, Ab. 2.25; Schömerin, B. 15.60; Berlin, B. 920.—; Bamberg, B. 10.50; Bonn, B. 18.40, K. 1.60; Gienach, B. 135.70, E. 5.50, K. 6.50; Greib, B. 50.60, K. 9.40; Meß, B. 37.26, E. 1.—, K. 6.80, X. 1.—; Ober-Weilau, B. 365.97, E. 2.—, K. 4.60; Odenbach, B. 40.48, E. 1.50, K. 0.20, M. 0.40; Schwarsenbach, B. 346.70, M. 4.70; Stuttgart, B. 164.25, K. 5.—, X. 14.—; Reiffenhäuser, B. 21.—, K. 12.20, M. 1.80, X. 40.—; Rothenburg a. L., B. 40.—, K. 3.50; Birnmasens, B. 84.96, E. 2.50, K. 2.30, M. 2.50; Meißner II, B. 71.40, E. 4.—, K. 1.10; Meißner I, B. 154.78, M. 8.—, X. 40.50; Leonbronn, B. 7.60, K. 2.90; Königsutter, B. 46.—, E. 6.—, K. 10.25; Hausenberg, B. 7.14, E. 7.75; Hamburg II, B. 230.—, K. 20.—; Erfurt, B. 241.50, K. 1.—, X. 2.50; Breslau II, B. 38.—, K. 10.—; Harburg, B. 27.65; Lorgau (Scheffler), B. 4.65; Dörsenbach, B. 3.40; Lorgau (Stäbelen), B. 2.20; Ranslau, B. 7.70; Weener, B. 4.40; Gelsenkirchen, B. 69.—, E. 1.50, K. 3.—; Münchberg, B. 126.—, E. 1.50, K. 2.70; Wolfshagen, B. 73.50, K. 7.50; Strehlen, B. 160.36; Langenfeld, B. 70.14, E. 4.—, K. 4.20; Dortmund, B. 193.20, E. 2.50, K. 4.30; Köppelsdorf, B. 16.50; Oltensdorf, B. 5.70; Alt-Wartha II, B. 62.10, K. 11.60; Wietfeld, B. 27.60, K. 0.90; Löbau, B. 460.—; Lahr, B. 23.—, K. 1.—; Rimbach, B. 55.86, E. 0.50, M. 1.80, X. 1.—; Aunfuchen, B. 114.—, E. 6.—, M. 0.40; Dürkheim, B. 133.98, K. 1.10; Erfurt, B. 105.11, E. 1.—, K. 13.—.  
Ludwig Geiß, Kassierer.

**Briefkasten.**

**Hoppenweiler.** Sende doch bitte die Namen ein. Feinsühligkeiten haben hier keinen Zweck. — **W.** Das Reichsarbeitsblatt erscheint im Verlag von Karl Heymann, Berlin. Preis pro Heft 10 Pfg. — **Saugen.** Wird natürlich angenommen. — **Rappelsdorf.** Der Bericht wurde abgelehnt, bitte mehr Mühe geben mit der Ausarbeitung. — **Söbau, G.** Die Aufnahme des gesandten Inzerats wird abgelehnt. Wenn J. seinen Ehrenschild wieder blank haben will, so gibts in L. selbst eine Presse. Schließlich wird jede Privatappalie zur Verbandsfrage gestempelt. — **Weindl.** Hat mich sehr gefreut. — **Sauzig.** Diese gegenteilige Meinung schadet nichts. Man soll nicht päpstlicher als der Papst sein. Viele Grüße.

Private Ehrenerklärungen werden im Steinmetz nicht aufgenommen. Kommt ein Kollege mit einem Polter in der Wirtschaft im Kräfte, so verlangt letzterer eine Ehrenerklärung in unserem Organ. Diese Rehabilitierungsmethode lassen wir nicht einreisen. Wer sich auf diese Weise eine Suppe einbrodt, mag sie selbst auflösen. Meist geschehen die unüberlegten Reaktionen in animierter Stimmung und die daraus entstehenden Folgerungen sollen im Steinmetz ausgetragen werden. Da machen wir nicht mit.

**Anzeigen.**  
(Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitnehmenden, sich über die einschlägigen Verhältnisse schriftlich zu erkundigen.)

**Albert Baumann**  
Werkzeugfabrik  
Aue (Erzgeb.)  
**Preisliste**  
über alle  
**Steinmetz-Geschirre**  
versende gratis!  
Lieferung sofort.

**Neu! Eigene Erfindung! Neu!**  
**Stock-Kisshammer-Fräsmaschine mit Handbetrieb**  
Spielend leichter Gang, fräht den Hammer in zwei Minuten. Keine Feilen mehr! Zeit- und Kohlenersparnis! Kann jeder Lehrling drehen! Als Deutsches Reichs-Patent angemeldet.  
**Herm. Goldammer, Leipzig, Südstrasse 29.**

**Spezialhaus für Berufskleidung**  
Eigene Anfertigung  
Schürzen-Stoff, extra breites Hausmacherleinen.  
Zadetts, Hosen  
**Emil Keidel, Hamburg 6**  
Bartelsstraße 101.

**Albert Baumann, Aue im Erzgebirge.**  
**Neuheit!**  
**Gesteinsbohrer-Härte- und Scharfföfen.**  
Bei diesen Öfen kann ein Verbrennen des Bohrstahles nicht stattfinden. Der Bohrstahl behält immer seine Güte.  
**Wichtig für jeden Bohrbetrieb.**  
Fabrikation von Härteöfen und Steinmetz-Geschirren.

**Neueste größte Kinderwagenfabrik**  
Sachsens und einzige deutsche, welche direkt mit Familien arbeitet u. umsonst buntfarb. Prachtatlas Ihnen sendet, ist  
**Julius Treibar, Grimma 627.**

**Tüchtiger Schmied**  
für Steinmetzwerkzeuge sucht dauernde Stellung. Offerten unter L. 8 an die Expedition dieses Blattes erbeten.  
**Tüchtige Hand- und Maschinenschleifer**  
für dauernde und lohnende Tarifarbeit gesucht.  
**Granit- und Diabaswerke Baumholder**  
Bezirk Trier, Station Oberstein a. d. Nahe.

Gesucht wird ein  
**tüchtiger Steinmetz**  
der sich mit etwas Vermögen an einem Grabsteingeschäft beteiligen will. Offerten unter 206 an die Expedition des Steinmetz.

**Mehrere Hand- u. Maschinenschleifer**  
finden bei uns sofort dauernde und lohnende Beschäftigung. Reflektiert wird jedoch nur auf tüchtige Arbeiter. Verheiratete bevorzugt.  
**Granitwerke Steinerne Renne Alt.-Gef. Wernigerode (Harz).**

**Steinmetzgehilfe**  
wird für mein Grabsteingeschäft sofort gesucht.  
**Chr. Iverson, Steinmetzmeister**  
Sonderburg (Schleswig-Holstein), Böngang 11.

**Tüchtiger Steinmetz**  
f. Grabsteinarbeit (Oberkirchener Sandstein) kann sofort eintreten.  
**W. Koch, Steinmetzmeister, Melle (Hannover).**

**Zwei tüchtige Werkzeugschmiede**  
sucht sofort  
**Herm. Goldammer, Leipzig, Südstrasse 29.**

**Gestorben.**  
In Kirchengamitz am 15. Juli der Kollege **Andreas Ubrecht**, 37 Jahre alt, an der Berufskrankheit.  
Ehre seinem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig.  
Verlag von Paul Starke in Leipzig.  
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.



werden. Was das Schiffahrtsgeschäft betrifft, so war die Lage auf dem Rhein und insbesondere auf der Elbe nicht befriedigend.

Die Berichte der Arbeitsnachweise gehen dahin, daß sich vielfach die Arbeitsverhältnisse gebessert haben, allerdings meist nur vorübergehend, wie z. B. in Berlin. Günstig lauten nach wie vor die Berichte aus Bayern. Bei den an das Kaiserliche Statistische Amt berichtenden Krankenkassen ergab sich vom 1. Juni auf den 1. Juli 1908 eine Abnahme der Beschäftigungsziffer um 37 951 Personen gegenüber einer Abnahme von 11 976 Personen im gleichen Monat des Vorjahres. Dieser alljährlich erscheinende Rückgang hängt allerdings zu einem großen Teil auch in diesem Jahre mit dem Uebertritt von Arbeitskräften in die Landwirtschaft und dem Abgang von Arbeitern nach den Kur- und Badeorten zusammen.

Die Arbeitslosenziffer der an die periodische Arbeitslosenstatistik des Kaiserlichen Statistischen Amtes angeschlossenen Arbeitnehmerverbände stellte sich an den drei Stichtagen im April, Mai und Juni auf 2,8 bzw. 2,8 und 2,9 Proz. der Mitglieder der angeschlossenen Verbände.

Die Verkehrsereignisse aus dem Güterverkehr der deutschen Eisenbahnen waren auch im Juni niedriger als im Vorjahr, und zwar um 6 076 875 M. Es bedeutet dies gegen das Vorjahr eine Mindereinnahme von 153 M. oder 6,02 Proz. auf den Kilometer.

## Ländliche Wohnungen.

Wie es in Preußen mit dem Wohnungselend auf dem Lande aussieht, zeigt der nachfolgende Auszug aus dem amtlichen Bericht über diese Verhältnisse im Jahre 1906:

Aus einer Reihe von Regierungsbezirken werden noch arge Zustände in der Beschaffenheit der ländlichen Wohnungen berichtet. Im Regierungsbezirk Gumbinnen fanden sich bei den kreisärztlichen Ortsbesichtigungen namentlich im Kreise Angerburg schlechte Wohnungen mit dumpfiger, aus den Kartoffelkellern unter den Wohnräumen stammender Luft und dunklen Räumen vor. Im Kreise Darkehmen hatte der fünfte Teil der Wohnungen noch Lehmfußböden und eine größere Zahl Fußböden aus Loh auf dem Erdbreich gelegten Brettern. Im Kreise Goldap waren von 1193 durch den Kreisarzt besichtigten Wohnungen 648 von Holz mit Strohdach, bei den wenigsten fand sich eine Höhe von 2,50 Meter; in 10 Proz. war Wohnung und Stall unter einem Dach und nicht durch eine massive Wand getrennt. Im Kreise Niederung konnten in vielen Wohnungen die Fenster nicht geöffnet werden, im Kreise Heidekrug bestanden meist höchst unsaubere Lehmkaten. Im Kreise Ragnit bestanden von 1387 besichtigten Häusern 442 aus Holz und 84 aus Lehm mit Strohdächern; bei 20 lagen Wohnräume und Stall unter einem Dach. Im Regierungsbezirk Allenstedt waren in dem Kreise Ortelsburg in 39 Ortschaften von 1505 Wohnhäusern 1198 Holzhäuser mit Strohdach, 214 Holzhäuser mit feuericherem Dach und nur 93 Massivbauten. Die Holzhäuser bestehen hier aus zum großen Teil verkauften Baumstämmen, haben sehr tiefegelegene Fenster, ein schadhafes Dach, Lehmfußböden und sind unsauber gehalten. Im Regierungsbezirk Köslin fand der Kreisarzt im Kreise Rauenburg im Berichtsjahre noch in 259 Wohnungen Lehmfußböden. Im Kreise Nummelsburg herrschen noch trostlose Zustände in den Wohnungen auf den Dörfern; Rauchkaten bestehen im Kreise Köslin noch in drei Ortschaften, Holzhäuser mit Strohdach im Kreise Würow. Im Regierungsbezirk Bromberg ereigneten sich in einem Dorfe des Kreises Hohenalza zehn Kohlenoxydvergiftungen in einer Familie infolge ungenügender Ableitung der Rauchgase. In Kaisersfeld, Kreis Rogilno, starben zwei Dienstmädchen, die zur Nacht ein offenes Kohlenbecken in ihrer Kammer zu Heizzwecken aufgestellt hatten, an Kohlenoxydvergiftung. Auf einem Gute des Kreises Witkowo kamen bei zwei Wirtschaftsebenen derartige Vergiftungen vor, von denen die eine tödlich endete. Im Regierungsbezirk Posen wohnte in Kolonie Rothengrund, Kreis Hirschberg, eine Hauslerfamilie von sieben Köpfen in einem Raum von kaum 25 Quadratmeter Bodenfläche mit einem Stube, vier Kaben und einem Kalle zusammen. Die Haut der Kinder hatte an unbedeckten Körperstellen schweren Ausschlag. Im Regierungsbezirk Oppeln genügt oft die Reinhaltung neuer ländlicher Massivbauten selbst geringen Ansprüchen an Sauberkeit nur wenig. In den Dörfern des Regierungsbezirks Erfurt wird nach dem Urteil des Kreisarztes von Pögnitz bei Erteilung der Bauerlaubnis durch Nachlass der betreffenden Vorschriften der Baupolizeiverordnung für das platte Land zu wenig auf die Größe des Hofes geachtet, so daß auf den zu kleinen Höfen jegliche Sauberkeit mangelt, der Zutritt von Luft zu den an der Hofseite gelegenen Schlafzimmern beeinträchtigt wird und die abfließende Jauche die Brunnen, Straßen und Gewässer verunreinigt. Es sollte aus diesen Gründen keine nachträgliche Verengung des Hofraumes geduldet werden. Im Regierungsbezirk Lüneburg wurden in sechs Kreisen 256 Wohnungen in Tagelöhnermischhäusern und den häufig vermieteten Gemeinbehäusern wegen grober Mängel beanstandet worden; in fünf Fällen wurde wegen ansehnlicher Bauqualität noch das Gutachten eines Baufachverständigen eingeholt, in drei Fällen sofortige Schließung beantragt. Im Regierungsbezirk Trier besitzen in manchen Kreisen die ländlichen Wohnungen meist nur einen Raum, der zu Wohn-, Schlaf- und Kochzwecken dient und in dem auch Korbflechterei getrieben wird.

Die vorstehenden amtlichen Mitteilungen schildern nur einen

kleinen Teil des Wohnungselends auf dem Lande. Insbesondere sind die Wohnungsverhältnisse der Gutsarbeiter des Ostens fast gänzlich unberücksichtigt geblieben.

## Wie die Unternehmer Tarife einhalten.

Der Vertrag für das Baugewerbe in Rheinland-Westfalen ist bis heute noch nicht unterzeichnet, so daß auch die Lohnbewegung in diesem Gebiet noch nicht als abgeschlossen gelten kann. Die Unterzeichnung wird hinterzogen durch die Unternehmer, indem diese sich noch einige Zeit um die in den einzelnen Orten einzutretenden Bohrerhöhungen herumzudrücken suchen.

Daß ein solches Vorgehen der Unternehmer Erbitterung bei den Arbeitern absetzt, ist erklärlich. Obwohl durch den am 28. Juni in Essen gefällten Schiedsspruch für das Herner Lohngebiet eine Bohrerhöhung von 2 Pfg. pro Stunde eintreten sollte, und der hiergegen von den Unternehmern erhobene Protest durch das Berliner Schiedsgericht einmütig abgelehnt worden ist, weigerten sich die Herner Unternehmer, die Bohrerhöhung eintreten zu lassen. Zurückzuführen läßt sich diese Weigerung nur auf das Betreiben des Bundesvorstandes vom Arbeitgeberbund in Rheinland-Westfalen.

Den Herner Zimmerern riß endlich die Geduld und legten sie am Dienstag auf allen Plätzen die Arbeit nieder. Die Folge war, daß der Herner Ortsverband der Arbeitgeber denselben Abend noch eine Versammlung abhielt, worin beschlossen wurde:

„Im Interesse des Friedens die strittigen 2 Pfg. zurück bis zum 1. Juli zu zahlen. Dieser Beschluß gilt gleichzeitig auch für die Maurer und Bauhilfsarbeiter.“

Nicht durch die „Friedensliebe“ der Unternehmer, wie es in ihrem Beschluß heißt, sondern durch das energische Vorgehen der Zimmerer, sind die bisherigen Schwierigkeiten im Herner Lohngebiet beseitigt. Ob die Unternehmerpreise von diesem Vorfall überhaupt Notiz nehmen wird, glauben wir kaum.

## Korrespondenzen

**Frankfurt a. M.** Am 28. Juli fand im Gewerkschaftshaus die allmonatliche Mitgliederversammlung statt, wobei der Bericht des Gauleiters vorlesen wurde. In der Diskussion wurde von vielen die Nichtanberaumung der organisierten Kollegen in den einzelnen Zahlstellen mißbilligt. Auch wünschenswert wäre es, in jedem Bericht die Streikbrecher zu veröffentlichen. Bei der Abrechnung vom zweiten Quartal betrug die Einnahme 2373,71 M., die Ausgabe 1392 M., mithin Kassenbestand 981,71 M. Für Krankenunterstützung wurden an 7 Kollegen 54,75 M. und an Kreisunterstützung 51 M. ausbezahlt. Dem Kassierer wurde Decharge erteilt. Dem Kollegen Gärtner wurden vorläufig 25 M. aus der Ortskasse bewilligt, welche durch Sammelkästen eingezogen werden sollen. Des weiteren wurde beschlossen, die Beitragsrückzahlung auf die nächste Tagesordnung zu setzen. Punkt 3, örtliche Angelegenheit: Die Agitationskommission hat bei jeder Platzversammlung die Bücher einzufordern, um die genaue Mitgliederzahl festzustellen. Zum Schluß wurden die Kollegen aufgefordert, bei dem am 16. August stattfindenden Sommerfest recht zahlreich zu erscheinen.

**Grünfeld.** Zimmer heißt es, man solle Kollegialität und Solidarität an den fremden Kollegen üben. Aber mit dem Wohlwollen den fremden Kollegen gegenüber kann man auch manchmal schon hereinfallen. Dies zeigt wieder folgender Fall: Im April erhielt der Steinmeß Wilhelm Jafetas aus Budapest hier Arbeit. Er war natürlich in Bruch (von längerer Reise) und da schleppten denn einige Kollegen aus kollegialer Mitgefühl Schuhe und Kleider herbei, um ihn auszustaffieren. Zum Dank dafür durften sie sich auch bei einigen Geschäftsleuten und Wirten verbürgen. So leitet er herrlich und in Freuden. Als vor circa drei Wochen hier das Geschäft etwas flau wurde, wurde unserm Jafetas der Boden auch etwas zu warm. Er verduftete mit 40 bis 50 M. in der Tasche und überließ den Kollegen, die er angepumpt hatte und die sich für ihn verbürgt hatten, das Nachsehen. Wie schädlich ein solches Treiben ist, besonders bei Wirten, die uns ihre Lokale zur Verfügung stellen, wollen wir hier gar nicht erörtern. Nun wurde in unserer letzten Versammlung beschlossen, ihn im Stenarbeiter auszuscheiden zur Erlangung seiner Adresse. Wir ersuchen die Vertrauensleute allerorts, uns die Adresse des Steinmeßes Wilhelm Jafetas aus Budapest anzugeben.

Simon Gaaf, Vorsitzender in Grünfeld.

**Hemsbach.** Am Sonntag, den 26. Juli, vormittags 9 Uhr, fand in Ober-Höfenbach eine Steinarbeiterversammlung statt. Kollege Weidenhammer war anwesend und erklärte den italienischen Kollegen den Zweck und Nutzen unsres Verbandes. Die Italiener waren mit den Ausführungen sehr zufrieden und versprachen, tüchtig für den Verband einzutreten. Am selben Nachmittag tagte auch in Hemsbach eine Steinarbeiterversammlung mit folgender Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 2. Quartal; 2. Was lernen wir aus der Arbeiterorganisation? Referent scheidende und Kassierer die Abrechnung. Arnold betonte, daß sich Kollege Arnold aus Mannheim. Bei Punkt 1 verlas der Vorsitzende in bester Ordnung befindet und daß die Buch- und Kassenführung eine gute genannt werden müsse. Kollege Arnold führte Punkt 2 der Tagesordnung geschritten. Kollege Arnold führte den Anwesenden in leicht faßlicher Weise die verschiedensten

Arbeitgeberorganisationen vor, er kam auch auf die verschiedensten Gemerkschaftsrichtungen zu sprechen, auch der uns Verberber bringende Zolltarif fehlte in seinen Ausführungen nicht. Er führte den Kollegen ferner die verschiedenen Parteien und Pressen vor, erklärte deren Stellung zu den Organisationen und empfahl, die gegen uns kämpfenden Schmutzblätter zu verachten und nur die Arbeiterpresse zu abonnieren. Der Referent erntete nach seiner ungefähr unflüchtigen Rede großen Beifall. Bei Punkt 3, Verschiedenes, verlas Kollege Weidenhammer den Tätigkeitsbericht unsres Gauleiters. Dieser Bericht wurde nach Vorlesung zur Diskussion gestellt. Arnold erklärte, daß er selbst vom Gauleiter zu Hilfe gezogen wurde, und daß diese Ausführungen auf voller Wahrheit beruhen. Hierauf erhielt Kollege Arnold das Schlußwort. Er kam auf die inneren Angelegenheiten der Zahlstelle zu sprechen, hauptsächlich auf die Fahrenflucht des Ortskassierers M. Gutter und seines Kumpan Georg Großmann. Er legte den Kollegen klar, daß ein Fehler gewesen wäre, wegen dieser zwei Deserteure die Kündigung einzureichen, solche Veräterer seien nur mit Verachtung zu strafen. Nach verschiedenen gut wirkenden Ausführungen schloß der Vorsitzende Weidenhammer mit einem Hoch auf den Steinarbeiterverband.

**Metten.** In den Streit sind 52 Mann getreten, 40 von den bairischen und 12 von den übrigen Unternehmern. Von diesen 52 Mann, die christlichen mitgerechnet, sind 24 anderweitig untergebracht, 17 sind abgereist und 11 sind noch zu unterbringen. In kurzer Zeit werden auch diese untergebracht sein. Unter den Abgereisten befindet sich auch unser sehr verdienstvoller Vertrauensmann Franz Schwarzmillner. Für seine umfichtige Leistung der Zahlstelle sei ihm an dieser Stelle besondere Anerkennung ausgesprochen. Der Streit steht für uns sehr günstig. Verhandlungen mit den bairischen haben vorige Woche in Regensburg stattgefunden; von unserer Seite war der Zentralvorsitzende Paul Starke anwesend. Wir glauben sicher, daß auch diese Firma den Bezirkstarif noch anerkennen muß. In den übrigen Betrieben wird nach dem Bezirkstarif gearbeitet, die Unternehmer halten denselben so leidlich inne. Fest steht, daß unter den Unternehmern jetzt schon Leute vorhanden sind, die sagen, es war gut, daß es nicht zum Krach kam. Und so wird sich der Bezirkstarif immer mehr Anerkennung verschaffen.

**Striegau.** Am 30. Juli tagte hier eine gutbesuchte Mitgliederversammlung, die zunächst das Andenken der verstorbenen Kollegen Daudach und Malecha durch Erheben von den Plätzen ehrte. Kollege Daubenthaler hielt einen Vortrag, in welchem er die Folgen und Ursachen der wirtschaftlichen Krisen darlegte. Es sei statistisch nachzuweisen, daß sich in der Zeit der Krisen die Zahl der Verbrechen ungeheuer vermehre und Not und Elend schnell um sich greife. Die Arbeiter müßten daher immer mehr zur Selbsthilfe greifen und ihre Organisation gut nach innen ausbauen. Durch die Arbeitslosenunterstützung würde so manche Wunde, die die Opfer einer unfinnigen Produktionsweise davontragen, geheilt werden. Ueberhaupt muß die heutige kapitalistische Produktionsweise beseitigt werden, welches aber nur geschehen kann, wenn man das Marxsche Wort: Proletariat aller Länder, vereinigt euch, beherzige. (Weifall.) Der Kassenbericht vom verflossenen Quartal wies eine Einnahme inklusive Bestand von 12 795,45 M. und eine Ausgabe von 6314,81 M. auf, so daß ein Bestand von 6480,64 M. verbleibt. Die Abrechnung ist von den Revisoren für richtig befunden worden. Eine längere Debatte entspann sich über die Neuordnung der örtlichen Krankenzuschußkasse und wurde u. a. beschlossen, um die Kasse leistungsfähig zu erhalten, eine Extrateuer von 1 M. zu erheben. Kollege R. Schlauch wünschte die Einberufung einer Distriktsversammlung, in welcher über die Verschmelzung der beiden Zahlstellen Gäßlicht und Striegau beraten werden soll. Als Hauptgrund wurde angeführt, einen Einheitsstarif für den hiesigen Bezirk zu schaffen. Die Versammlung wünschte, daß Gäßlicht besonders darüber gehört werde. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten fand die Versammlung ihr Ende.

**Umsen.** Am 28. Juli tagte im Gewerkschaftshaus zu Gameln unsere Mitgliederversammlung. Es gab der Kassierer die Abrechnung vom letzten Quartal bekannt, welche von den Revisoren für richtig befunden wurde. Auf Antrag der Revisoren wurde dem Kassierer Entlastung erteilt. Im zweiten Punkt beschäftigte sich die Versammlung mit unserer Lokal-Krankenunterstützung. Nach längerer Diskussion wurden die einzelnen Anträge angenommen, schon darum, weil es zugleich ein Ansporn wird zur Werbung neuer Mitglieder. Im Punkt Verschiedenes stellte es sich heraus, daß momentan bei der Firma Mensing eine gute Konjunktur herrsche, daß es wohl gerade jetzt Zeit wäre, der Firma einen Tarif zu unterbreiten. Eine Kommission wurde gewählt, welche nun auf die Antwort des Unternehmers Mensing wartet. Mit Recht rigte der Vorsitzende den schlechten Versammlungsbefuch und ermahnte die Anwesenden, treu und fest zur Organisation zu halten.

## Kollegen! Agitiert für eure Organisation!

rand eine französische, zarte Nötung, die in der Nähe des Fremdkörpers am stärksten hervortritt, was dessen Auffinden erleichtert. Gerade die Entfernung dieser garten Hornhautfremdkörper, die die schonendste Anwendung feinsten, spitzer, feimfreier Instrumente von seiten des Arztes verlangen, bereitet diesem oft große Schwierigkeit. Bei Anwesenheit von Eitererregern, wie dies bei Tränenack- und Bindehautleiden der Fall ist, oder bei Berührung der Hornhautwunden mit unsauberen Werkzeugen können Hornhautentzündungen entstehen, die für das Sehvermögen höchst verhängnisvoll werden. Denn jede quadratmillimetergroße eiternde Hornhautwunde, besonders im Pupillengebiet, kann Sehvermögen und Arbeitsfähigkeit hochgradig herabsetzen und dauernde Invalidität in wenigen Tagen herbeiführen.

Leider breitet sich in solchen Betrieben, die besonders zahlreiche Metall- und Steinsplinterverletzungen des Auges aufweisen, die Unsitte aus, daß sich die Arbeiter gegenseitig, nur wenn die zeitraubenden Weg zum Arzt zu sparen, in rohester und gefährlicher Weise, entgegen allen Vorschriften des Samariterunterrichts, mit schmutzigen Händen und unsauberen Hilfsmitteln, wie Besenborsten, Pferdehaarschlingen, abgebrochenen Bündelholzchen und Zahnhochern, schweißdurchtränkten Taschentüchern, die sie mit Speichel befeuchten, sogar durch Abledern des Auges mit der Zunge den Augen Fremdkörper zu beseitigen versuchen, womöglich unter Verwendung einer unsauberen, widerrechtlich in ihre Hände gelangten, schmerzstillenden Cocainlösung. So manche teilweise oder totale Hornhautverletzung mit nachfolgender entsprechender Invalidität haben diese unerlaubten Eingriffe zur Folge, zum Schaden des Verletzten, der Unfallversicherungsgesellschaft und Berufsgenossenschaften.

Deshalb wage der Laie nur in schonendster, sauberster Weise mit feuchter Watte usw., wie dies bei den Bindehautfremdkörpern oben geschildert wurde, die ganz oberflächlich der Hornhaut aufgelagerten Fremdkörper, die sich meist als Eisen-, Kohle-, Pulver-, Holzteilchen, als Samenhüllen, Insektenflügel oder dergleichen erweisen, zu entfernen.

Bei fest und tief in der Hornhaut sitzenden Fremdkörpern sowie bei Hornhautabstürzungen, Hornhautwunden jeder Art, auch bei den scheinbar unbedeutendsten, die das unbewaffnet

Auge manchmal nur als punkt- und strichförmige Auflockerung der Hornhautoberfläche erkennt, beschränke sich der Laie darauf, das Auge sofort, bis zur Behandlung durch den Arzt, mit dem reinsten Verbandmaterial, das zur Stelle ist, zu verbinden. Auswaschen und Berührung der Augenwunde unterlasse er; der Tränenstrom ist das beste Reinigungsmittel!

Ueberhaupt wende der Laie bei Hornhautwunden nie kalte Umschläge, geschweige denn Weimasserüberschläge an, letztere hinterlassen leicht dauernde Hornhauttrübungen! Solche Umschläge, sogar mit Eis gefüllte Kompressen, sind nur am Platze, wenn stärkere Schwellung der Lider durch Insektenstich, Verbrennung, oder stärkerer Bluterguß im Lid und in der Bindehaut infolge von Husten, Erbrechen, Stoß entstanden und das Öffnen der Lider erschwert ist.

Unbedingt gilt es als erste Regel für den Laie, bei Abwesenheit eines Arztes, daß bei größeren, sichtbaren Hornhautwunden, wie sie sich tagtäglich durch Anstreifen von Baumzweigen, Krachen mit dem Fingernagel, durch Messer, Gabeln, Meißel, Scheren, Bohrer, Glassplinter, glühende Zigarrenasche, heiße Brennscheren, flüssiges Metall, Steine, Geschosse, Explosionen aller Art, Verbrühungen usw. ereignen, ganz besonders aber bei Verletzungen, die tief in den Augapfel eingedrungen sind, wobei der Augapfel oft blutunterlaufen, weich und schlaff, die schwarze Pupille trübe und verzerzt erscheint, das sofortige Anlegen eines möglichst sauberen Druckverbandes ohne vorheriges zweckloses Berühren der Wunde seine Hauptaufgabe sein soll!

Der Verband, der bei sehr schweren Augenverletzungen der völligen Augenruhe wegen lieber auf beiden Augen angebracht wird, besteht am geeignetsten aus einem obalgeschnittenen, handtellergroßen Vorlinsplättchen, worüber ein dünnes, die Augengegend sanft auspolsternendes Wattestück gelegt wird, das mit einigen etwa 15 Zentimeter langen, 1 Zentimeter breiten, von der Stirnmittle nach dem Ohrklappchen verlaufenden Gipsplasterstreifen oder mit einigen Bindetouren in bekannter Weise befestigt wird.

Man bringe Augenverletzte, zu denen auch der durch Sonnens, Blitz-, Bogenlampenlicht usw. Geblendete gehört, in einen gleichmäßig verdunkelten Raum, das Gesicht vom Fenster

abgekehrt, sorge für absolute Ruhe und für ungestörten, die Heilung der Augenwunde befördernden Schlaf, bis der Arzt eintrifft.

### Akkord und Tagelohn.

Gehst früh die Uhr zum Schläge aus,  
Berklang der letzte Ton,  
Dann tragen wirs Geschirre raus,  
Wir stehn im Tagelohn.

Und wenn die Arbeit auch pressiert,  
Das kimmert uns nicht viel,  
Es wird nicht Hals und Kopf riskiert,  
Wir kommen noch zum Ziel.

Weithin erschallt ein muntres Lied  
Aus unsrer Steinmeßbrunft.  
Wir singen wie's die Gabe gibt,  
Nur immer so drauf los.

Doch anders ist es im Akkord,  
Da haun wir feste drauf,  
Man nennt das kurzweg Wasser  
Da reißt sich mancher auf.

Da sehn wir weder rechts noch links,  
Denn kostbar ist die Zeit,  
Wenn auch der Schweiß gleich Wäcken rinnt,  
Nur immer feste drauf.

Was schert sich drum das Kapital?  
Bleibt einer mal am Platz,  
Dann sind noch hundert andre da,  
Sie haben ja Ersatz.

Gehst Arbeit uns im Tagelohn  
Und fort mit dem Akkord,  
Das ist für uns der Untergang,  
Ein sicherer früher Tod.

Jenny Horn.